



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926

319 (14.7.1926) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-230369](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-230369)

Neue Mannheimer Zeitung

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung bei in's Haus oder durch die Post monatlich R.-M. 1,50 ohne Briefgeld. Bei sonstiger Lieferung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachforderung vorbehalten. Postkontonr. Nr. 17590 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle B. 6, 2. — Geschäfts-Redaktions-Verwaltung: 6. Schmeißerstraße 24, Rheinfeldstraße 11. — Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal. Fernsprechnr. Nr. 7941, 7942, 7943, 7944 u. 7945.

Mannheimer General-Anzeiger

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Kautionszahlung pro Linie. Kolonialzeitung für Kolonial-Anzeigen 0,40 R.-M. Restum. 3-4 R.-M. Rollen-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gestalt, Streifen, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Entschädigungen für ausgefallene oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Kautionszahlung durch Fernsprecher ohne Gewähr. — Verlagsort Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Die Anmaßungen der Kontrollkommission

Die Urlaubszeit in der Politik

□ Berlin, 14. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Ein Teil der Antipresse fährt fort, an der Art der Behandlung der neuesten Entwaffnungsnote durch die deutschen maßgebenden Stellen Kritik zu üben. Daß die Verzögerung, mit der Reichsanzlei und Auswärtiges Amt von den Notizen Kenntnis erlangten, nicht böser Absicht des Reichswehrministeriums entspringt, sondern auf äußerliche Umstände, wie Stellenausschreibungen mit sich bringen, zurückzuführen ist, geht aus einer Darstellung hervor, die sich, damit selbst widerlegend, heute die „Vossische Zeitung“ bringt und die nach unserer Kenntnis der Dinge in der Tat auch zutrifft. Darnach war, als die Schreiben des Generals Wolch im Reichswehrministerium eintrafen, der Reichskontrollkommissionars General von Pawla bereits auf Urlaub.

Die Briefe sind mehrere Tage liegen geblieben und erst am 8. Juli der Reichsanzlei und dem Reichsaussenministerium übermittelt worden. Aber auch im Auswärtigen Amt befand sich der zuständige Referent auf Urlaub. Die Schreiben sind infolgedessen nicht weitergegeben worden, so daß die augenblicklich leitende Persönlichkeit im Auswärtigen Amt, Staatssekretär v. Schubert, erst durch die Veröffentlichungen in der Reichspresse von der Existenz der Briefe erfuhr.

Das ist eine für das Geschäftsgedächtnis unserer Reichsministerien nicht gerade lobenswürdige, aber doch harmlose Aufführung der Angelegenheit. Den Vorwurf der Indistretion, der von gleicher Seite gegen das Reichswehrministerium erhoben wurde, weiß, wie wir bereits mitteilten, die dafür in Betracht kommende Stelle mit aller Entschiedenheit zurück. Dessen ungeachtet äußert u. a. auch die „Germania“ den Wunsch, zu erfahren, wie die Reichspresse zur Kenntnis der Notizen kam, die sie als Brüsseler und Pariser Meldungen aufgriffen, obwohl den dortigen deutschen Vertretungen keine Mitteilungen über einen derartigen Schritt gemacht worden sind. Die „Deutsche Tageszeitung“, die zusammen mit der „Deutschen Zeitung“ nähere Einzelheiten über die neue Aktion der Militärkontrollkommission zu veröffentlichen wußte, erklärt kategorisch, daß ihre Meldung in keinem Zusammenhang irgendwelcher Art mit den Enthüllungen der „Deutschen Zeitung“ stehe, daß also kein verabredeter Vorstoß zweier Reichszeitungen unter der Direktion von Reichswehrstellen erfolgt ist und daß sie die Nachrichten auch nicht von einer amtlichen Stelle aus dem Reichswehrministerium erhalten habe.

Bedeutend in hohem Grade bleibt es, daß dieselben Enthüllungen in der Presse einen weitaus größeren Raum einnehmen, als die Betrachtungen, die dem materiellen Inhalt dieses neuen Vorstoßes der Militärkontrollkommission gegen die Kommando-gewalt des Entente-Generals v. derhaffen Herrn von Seekt gewidmet sind. Die „Tägliche Rundschau“ hat durchaus recht, wenn sie in diesem Zusammenhang von einer unwürdigen Verzerrung des ganzen Streitstoffes spricht. Schließlich sollte der gemeinsame Kampf gegen die unerhörten Anmaßungen der Kontrollkommission nicht durch parteipolitische Diskrepanzen dieser Art gescheitert und bereinigt werden.

Die veröffentlichten Notizen werden gegenwärtig im Auswärtigen Amt überprüft und sollen dem auf einer Reise im Rheinland be-

findlichen Reichskanzler sowie dem in Irland weilenden Reichsaussenminister nach beendeterm Studium zugestellt werden. Das Kabinett dürfte sich voraussichtlich Ende dieser Woche mit den neuen Forderungen der Entente beschäftigen, die, wie nicht stark genug unterstrichen werden kann, in direktem Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages stehen.

Halte den Dieb!

□ Paris, 14. Juli. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die heutige Morgenpresse äußert sich ziemlich scharf über die Kommentare deutscher Organe die Entwaffnungsfrage betreffend. „Petit Parisien“ glaubt, daß in Deutschland der Bocarogeist sich nicht im Abnehmen begriffen sei. Im „Echo de Paris“ wird u. a. behauptet, General v. Seekt würde sich um die deutsche Regierung überhaupt nicht kümmern und die ihm von der Militärkontrollkommission zugewandte Note nur mit großer Verspötzung dem Reichswehrministerium zur Kenntnis bringen.

Abbau der Kontrollkommission?

□ Paris, 13. Juli. (Von unserem Pariser Vertreter.) Der heutigen Besprechung des deutschen Botschafters Herrn v. Hoersch mit Außenminister Briand mißt man besondere Bedeutung bei. Herr v. Hoersch entwickelte auf Grund der ihm aus Berlin zugegangenen dokumentarischen Angaben einen vollkommenen Lagebericht über die Zustände in der zweiten und dritten Zone im besetzten Gebiet. Anknüpfend an die vom französischen Außenminister und dem Kabinettsdirektor Berthelot gemachten Vorschläge über die Truppenbeschränkungen im besetzten Gebiet, legte der deutsche Botschafter die Gegenentwürfe der Reichsregierung vor. Briand wird hierüber mit dem Kriegeminister, General Guillaumat, konsultieren. Die Weitergabe der deutschen Vorschläge an das Versailler Militärkomitee soll zu Beginn der nächsten Woche stattfinden.

Am Dual D'Orjan wurde heute abend mitgeteilt, daß in den deutschen Zeitungen irreführende Mitteilungen über eine Note der Botschafterkonferenz an die Reichsregierung verbreitet werden. Es handelt sich einfach um eine durch die internationalisierte Kontrollkommission in Berlin abgefaßte und von General Wolch unterzeichnete Anfrage, deren Inhalt aus gewissen Beobachtungen der Kontrollkommission sich ergibt. Die Botschafterkonferenz besah zwar Kenntnis von der in Berlin redigierten Note, enthielt sich jedoch der Mitarbeit an dem Dokument. Man weiß ferner am Dual D'Orjan darauf hin, daß die in der Note erwähnten Punkte hauptsächlich die Reichswehrausgaben betreffen, die seit einiger Zeit den Gegenstand von Besprechungen zwischen dem Reichswehrministerium und der Kontrollkommission bildeten. Hinzugefügt wird, daß auf der nächsten Tagung des Völkerbundes wichtige Beschlüsse über den Abbau der Kontrollkommission und die Ueberleitung der rechtlichen Entwaffnungsangelegenheiten an den kompetenten Ausschuss des Völkerbundesrat gefaßt werden sollen.

Innenpolitische Krisis auch in Norwegen

Ein folgenschwerer Beschluß.

(Von unserem skandinavischen Mitarbeiter.)

Während der schwedisch-norwegischen Union haben wir nicht weniger als siebenmal die Tragödie erleben müssen, daß ganze Ministerien oder einzelne Mitglieder der norwegischen Regierung vor den Staatsgerichtshof zitiert wurden, der in fünf von den sieben Fällen zu vollkommener Freisprechung in einem zur Absetzung der Regierung (des Kabinetts Selmer im Jahre 1884) und in einem zu höheren Geldstrafen gelangte. Im Jahre des Heils 1926 soll nun die Staatsgerichtshoftragedie — oder richtiger Komödie — zum achten Male aufgeführt werden, nachdem der Protokollausschuss des Stortings den folgenschweren Beschluß gefaßt hat, acht Mitglieder des Kabinetts Berge vor den Staatsgerichtshof zu stellen, weil dieses im Jahre 1923 ohne Zustimmung des Parlaments der Handelsbank einen Staatskredit von 25 Millionen Kronen bewilligt hatte, ohne jede Frage ein Verstoß gegen die Verfassung, ein eigenmächtiges Vorgehen eines Ministeriums unter Verletzung der verbrieften Rechte des Parlamentes. Das geht nicht nur die allernächsten Freunde der „Angeklagten“ zu, sondern das befreiten nicht einmal diese selbst.

Und dennoch hat der Beschluß des Protokollausschusses im ganzen Lande eine Erregung geschaffen, die für die weitere Entwicklung der innenpolitischen Verhältnisse in Norwegen von den aller-schwerwiegendsten Folgen werden kann, wenn das Storting in der Tat die acht Mitglieder des Kabinetts Berge vor dem Staatsgerichtshof zur Verantwortung zieht. Denn in der Sache selbst sind die Ansichten und Meinungen innerhalb der politischen Parteien recht geteilt und selbst im Protokollausschuss des Stortings plähten diese überaus scharf aufeinander, weil viele Politiker den Standpunkt vertreten, daß sie selber im gleichen Falle ebenso gehandelt haben würden und das Ministerium Berge tatsächlich durch sein eigenmächtiges Vorgehen das Land vor den aller-schwersten Katastrophen bewahrt hat, eine Ansicht, die sich in erster Linie auf gutachtliche Äußerungen der Finanzfachverständigen stützt und ihre Hauptstütze in dem Direktorium der Norges Bank findet.

Eine nüchternere Prüfung des umfangreichen Dokumentes, das der Protokollausschuss des Stortings über die ganze Angelegenheit ausgearbeitet hat, ergibt für den sogenannten „Finanzskandal“ folgenden „Lalbeland“. Während des Jahres 1923 herrschte im ganzen Lande eine überaus nervöse, aufgeregte Stimmung. Die Gefahr eines vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruchs war in bedrohlicher Nähe gerückt. Alle Bank- und Finanzfachverständigen sind darin einig, daß sowohl im Inlande, wie im Auslande eine allgemeine Nervosität herrschte, nachdem zwei der größten und bedeutendsten Banken des Landes, Centralbanken und Andrefsen Bank, zusammengebrochen waren. Die norwegische Krone fiel von Tag zu Tag. Der Sturm auf die Handelsbank, die 1923 noch allgemein als vollkommen solides Geldinstitut betrachtet werden konnte, gefährdete nicht nur diese aufs schwerste, sondern hätte, wenn er zum Zusammenbruch dieser Bank geführt hätte, das ganze Wirtschaftsleben des Landes in den Zusammenbruch hineingeworfen. Auf Ansuchen der Norges-Bank und vier anderer großer Banken des Landes gewährte das Ministerium Berge der Handelsbank staatliche Unterstützung durch Einlage von Staatswechseln in Höhe von 25 Millionen Kronen. Das Storting wurde hieron nicht unterrichtet. Trotz der Staatsgarantie gerieten die Handelsbanken aufgrund einer scharfen Campaigne gegen sie im Jahre 1924 in neue Schwierigkeiten und das Ministerium Berge stellte nunmehr im Storting den Antrag, eine Staatsgarantie von 15 Millionen zu übernehmen, um die Bank vor der Zwangsverwaltung zu bewahren. Das Storting bewilligte diese Garantie auch, wurde jedoch von dem früher bewilligten Kredit von 25 Millionen Kronen auch jetzt noch nicht unterrichtet, obwohl der damalige Stortingspräsident Vokke von diesem inzwischen unterrichtet worden war. Trotz der staatlichen Stützungsaktion mußte Handelsbanken später unter Zwangsverwaltung gestellt werden. Selbst der Ausschuss ist einig darin, daß auch das Storting die Handelsbank in der selben Weise geküßt haben würde wie die Regierung dies ohne seine Zustimmung getan hat.

Es handelt sich also bei der ganzen Angelegenheit, die jetzt vor den Staatsgerichtshof gezerrt werden soll, um eine Formfrage. Nach Ansicht der finanziellen und juristischen Sachverständigen hätte das Ministerium Berge allen Kredit, so zu verfahren, wie es getan hat. Sie weisen insbesondere darauf hin, daß die erste Stützungsaktion vollkommen resultatlos verlaufen wäre, wenn das Storting vorher unterrichtet worden wäre, da selbst vertrauliche Verhandlungen in ähnlichen Lagen bereits am gleichen Tage in Amerika bekannt geworden seien. Nur durch das resolute Handeln des Ministeriums Berge sei das Land damals vor den aller-schwersten wirtschaftlichen und finanziellen Erschütterungen und Katastrophen bewahrt geblieben. Schon heute geht daher ein Sturm der Entrüstung durch das ganze Land, daß derjenige, der das Wirtschaftsleben des Landes in schwerster Zeit gerettet hat, wegen eines Formfehlers — das ein solcher vorliegt, geben alle unumwunden zu! — zur Verantwortung gezogen werden soll, dessen Unterlassung weit schwerwiegender Folgen gehabt haben würde, als die „Nüchternheit des Parlamentes“, die die radikale Linke und Kommunisten in der Handlungsweise des Kabinetts Berge erblicken, jemals haben kann. Man weiß in weiten Kreisen darauf hin, daß andere Parteipolitiker das Land in wirtschaftliche Schwierigkeiten hineingestoßen haben, daß sie durch ihre leichtsinnige Finanz- und Budgetpolitik den Niedergang der Krone zum mindesten mitverschuldet haben, ohne daß sie zur Verantwortung gezogen werden können oder sollen, während man denjenigen, die nachweislich die Gefahr eines vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruchs abgewendet haben, aus einem Auserachtlassen der Form einen Strich drehen wollte.

Der ganze Streit gilt letzten Endes so überaus empfindlichen Fragen der inneren Politik Norwegens, daß man darauf gefaßt sein muß, daß dieser weitere Ausdehnung annimmt und zu einem Sturm sich auswächst, dessen innenpolitische Folgen heute noch gar nicht ab-

Pariser Kauschtage

□ Paris, 13. Juli. (Von unserem Pariser Vertreter.) Der Jahrestag des Basillestums steht diesmal im Zeichen des siegreichen Kolonialkrieges, den Frankreich und Spanien gegen die Stämme des Rifgebietes führten. Am Vorabend des 14. Juli, der ein Fest der Freiheit bedeuten soll, hat die Unterzeichnung des spanisch-französischen Marokkovertrages stattgefunden. In diesem Vertrag treffen die beiden Mächte die Bestimmung, daß Abd el Krim auf die Insel Reunión verbannt werden soll.

Um der Pariser Bevölkerung einen Freudentag zu bescherten, das Triumphgefühl zu erneuern, daß in Nordafrika eine glänzende Woffentat verrichtet wurde, ziehen weiße und farbige Truppenkontingente vom Triumphbogen Napoleons I. zum Konfordinienplatz. Ueber den blühenden Bajonetten und Militärfeuerstücken werden Kampfflugzeuge und Beobachterflieger, die sich drüben besonders hervortaten, kreisen.

Mulau Jusuffis, der unter dem Protektorat stehende Sultan von Marokko, wird mit gemischten Empfindungen die Truppen vorbeiziehen sehen, die Abd el Krim, den Kämpfer um die Unabhängigkeit des Rifa, besiegten. An der Seite Briands wird General Primo de Rivera als Vertreter des verbündeten Spaniens einen Ehrenplatz erhalten. Man befürchtet freilich, daß sich die Kundgebungen gegen den spanischen Diktator wiederholen werden. Der spanische Ministerpräsident hat im Laufe des Vormittags am Grabe des Unbekannten Soldaten einen Kranz niedergelegt. Im Kriegsministerium wurde heute aus Anlaß der Nationalfeierlichkeiten ein Bankett gegeben, an dem Primo de Rivera, der spanische Botschafter, Briand, Gallaug und andere Minister teilgenommen haben.

Alle Voraussetzungen nach wird diese Marokkoreise einen sonnigen Tag haben. Das Pariser Volk wird die Senegalneger, die Annamiten, die Fremdenlegationäre und andere Abteilungen der außer-europäischen Streitkräfte Frankreichs vorbeiziehen sehen. In den Zeitungen erinnern die Militärschriftsteller daran, daß die ganze Armee nach wie vor den Kräfteausgleich zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Kontinent garantiert. In diesem Sinne kennzeichnet man die Bedeutung der Truppenreue auf den Eisen-schienen. Rußt und Tanz auf allen öffentlichen Plätzen zwei Mächte hindurch gehören dem Volke. Die Polizei drückt beide Klugen zu. Nur allzu früh wird der Finanzminister wiederkehren.

Opposition gegen den Völkerbund

□ London, 14. Juli. (Von unserem Londoner Vertreter.) Großes Aufsehen erregt hier die Nachricht, daß die Türkei und Belgien beim Völkerbundssekretariat in Genf ihren im Jahre 1924 abgeschlossenen Schutz- und Trutzbundvertrag angemeldet und das Genfer Sekretariat die Eintragung des Abkommens abgelehnt hat, weil es sich mit den Satzungen des Völkerbundes nicht in Übereinstimmung befindet. Artikel 3 dieses Vertrages enthält nämlich die Formel, daß beide vertragschließenden Teile übereinkommen, weder finanziell noch wirtschaftliche Sanktionen, die durch den Völkerbundsrat gegen eine andere Macht vorgeschlagen werden sollten, mitzumachen. Artikel 4 besagt, daß sich die beiden Vertragsparteien die Neutralität gewährleisten und sich weigern werden, den Völkerbundsstruppen den Durchzug zu gewähren, falls einer der vertragschließenden Staaten sich im Krieg mit dem Völkerbunde befinden sollte.

Man glaubt aus diesen beiden Artikeln zu erkennen, daß sich sowohl Vorkriegs- als auch die Türkei gegen die Bestimmungen des Völkerbundes verhalten. Als äußerst bedenklich beurteilt man die Nechlichkeit dieses Vertrages mit den zwischen Deutschland und Sowjetrußland getroffenen Vereinbarungen. Sollte der türkisch-perfische Vertrag beim Völkerbund Anerkennung erhalten, so würde dies bedeuten, daß Deutschland ein starkes Argument für seine Abmachungen mit Rußland gewinnt. In diesem Falle würde die praktische Bedeutung des Artikels 16 des Völkerbundsvertrages vollkommen erledigt sein. „Daily Telegraph“ meint, daß Deutschland in dem Falle, wenn dieser türkisch-perfische Vertrag internationale Rechtskraft erhalten sollte, die Interpretierung seines Vertrages mit Rußland ohne Schwierigkeiten durchsetzen könnte.

□ London, 14. Juli. (Von unserem Londoner Vertreter.) Der Zwischenfall mit dem Grafen Bernstorff hat weitere Konsequenzen nach sich gezogen. Gestern meldete ein bekannter Publizist, Cheitrol, der Mitglied der Völkerbundsvereinsung und früherer Funktionär im belgischen Außenamt war, seinen Austritt aus der Völkerbundsvereinsung an.

* Das Telefon in Schweden. Nach einem Bericht des schwedischen Telegraphen- und Telefonamtes hatte Schweden bis zum Ende des Jahres 1925 434 594 Telefonapparate in Betrieb. Besonders in Stockholm ist der Telefongebrauch sehr verbreitet. Jeder vierte Bewohner besitzt einen Anschluß.

zusehen sind, zumal Abraham Berge als Finanzminister unerschrocken das Verdienst hat, die gerüttelten Finanzen Norwegens auf eine gesunde Basis gestellt und das Wirtschaftsleben nach den langen Krisenjahren sanfter, dem finanziellen Wohlstand und der allgemeinen Verbesserung in den öffentlichen Finanzen ein Ziel gesetzt und erreicht zu haben, was unter den gegebenen Verhältnissen zur Erhaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Stellung Norwegens geschehen konnte. Mit Recht schreibt daher auch das führende Blatt des Bauernbundes „Nationen“ schon heute, bevor noch der definitive Beschluß des Stortings vorliegt, das Kabinett Berge in der Tat vor den Staatsgerichtshof zu stellen: „Diejenigen, die Berge verurteilen, wissen nur zu gut, daß sie selbst schon seit langem verurteilt sind und die Frage nur ist, wie und wann das Urteil gegen sie vollzogen werden wird.“ Der Beschluß des Protokollausschusses ist für alle norwegischen Parteipolitiker ein ernstes Warnungssignal, ob er „das Signal zum allgemeinen Sturm“ werden soll!

Die französisch-englische Schuldenregelung

London, 14. Juli. (Von unserem Londoner Vertreter.) Die Regelung der französisch-englischen Schuldenfrage wird hier mit großer Befriedigung aufgenommen, denn man sieht ein, daß die Befestigung des schwierigen Problems die Beziehungen zwischen England und Frankreich noch günstiger gestalten wird, als es seit Ende des Krieges der Fall war. Die Londoner Presse nimmt eine bescheidene Stellung zu dem Vertrag ein. Sie erblickt darin die Möglichkeit, daß Frankreich jetzt leichter als bisher die Stabilisierung seiner Währung vornehmen könne. Geringere beurteilt man den Zusammenhang zwischen der Zahlungsmöglichkeit Frankreichs und den französischen Schuldverpflichtungen gegenüber England als den Drehpunkt des ganzen Abkommens. Man glaubt, daß England, wenn auch in unsicherer Form, die Garantieklausel in den Vertrag einfügen will. „Daily Telegraph“ hält dafür, daß England infolge dieser Garantieklausel nach in ernste Schwierigkeiten geraten werde. Andererseits rechnet man auf ein Entgegenkommen Nordamerikas an Frankreich im selben Sinne und daher auf eine Internationalisierung der gesamten Kriegsschuldenfrage. Im Zeitraum von 1900-27 wird die Zahlung Frankreichs an England nicht 4 Millionen, sondern 6 Millionen Pfund Sterling betragen, da bereits 2 Millionen von Frankreich in diesem Jahre bezahlt wurden. Das englische Parlament wird den Vertrag vorläufig nicht ratifizieren und erst im Herbst darauf näher eingehen. Unklar ist, was mit den 58 Millionen Pfund Sterling, die als Depot Frankreichs bei der englischen Bank sich befinden, geschehen wird. „Daily Express“ glaubt, daß diese Frage vorläufig nicht zur Entscheidung gelangen wird.

Amerikaner zum Schuldenproblem

Washingtoner amtliche Kreise betonen erneut allerhöchstens, daß Frankreich keine leichteren Schuldentilgungsbedingungen erhalten könne. Millons europäischer Besuch habe in keiner Weise die Bedeutung, die Paris ihm beimesse. Frankreichs einzige Möglichkeit sei, das Schuldenabkommen allerhöchstens zu ratifizieren. Auch Parlamentarier drücken in gleich scharfer Weise ihren Widerstand gegen jegliche Zahlungsvereinfachung aus. Senator Borah formuliert seinen Standpunkt gegenüber Frankreich wie folgt: Frankreich sei heute die blühendste Nation Europas. Das Schuldenabkommen sehe vor, daß Frankreich 50 Prozent des geliehenen Geldes zurückbezahle, Frankreichs schwierige Situation bestehe darin, daß seine Bevölkerung keine Steuern zahlen wolle, ein Zustand, der chronisch geworden sei. Frankreich ver sprach Syrien völlig unabhängig, aber verdränge jetzt mehr Geld als die Erledigung des Schuldenabkommens beanspruche, um Syrien die Unabhängigkeit zu nehmen. Amerika besitze nicht genügend Geld, um Frankreichs imperialistische Wünsche zu unterstützen. Frankreichs ehemalige Frontkämpfer hätten keine Veranlassung, gegen Amerika zu protestieren, wohl aber reichliche Protestgründe gegen die französische Regierung.

Aufruf der belgischen Regierung

Die belgische Regierung wendet sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, der die Unterschriften sämtlicher Minister trägt. In dem Aufruf heißt es: „Anschließen, alles ins Werk zu setzen, um die finanzielle Wiederherstellung und die Stabilisierung des Franken durchzuführen, warnen die Regierung die Mitbürger vor den Folgen, die in gegenwärtiger Stunde ein Nachlassen des Vertrauens haben könnte. Nichts rechtfertigt die Waise des Franken und die wilde Bewegung auf dem Devisenmarkt. Um den Preis dieser Opfer hat das belgische Volk das Gleichgewicht des Budgets hergestellt. Seinen internationalen Verpflichtungen kommt es pünktlich nach. Es überste nicht vor einer historischen Spannung ohne Gehilfen zurück, um die Gefahren der schwebenden Schuld zu bannen, und dank allen diesen Anstrengungen ist das Werk der Wiederherstellung wieder in gutem Gange. Es könnte nur durch unüberlegte Aktionen beeinträchtigt werden. Die Rufe der fremden Völkern, übrigens ohne Nutzen für den Käufer, sind nur geeignet, die Krise zu erschweren, die nach der festen Ueberzeugung der Regierung nur vorübergehend ist.“

Weiter hört man, daß die Kontrolle des Devisenhandels erheblich verschärfert werden soll.

Polscher Kreuzerkauf in Frankreich

Berlin, 14. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Wilhadi hat in seiner Eigenschaft als Kriegsminister, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Warschau gemeldet wird, im Ministerrat die Genehmigung zum Ankauf des ausgereichtesten französischen Panzerkreuzers „Defait“ beantragt, der noch in diesem Jahre in Polen in Dienst gestellt werden soll und zwar als Schulsschiff. Formell würde der Kreuzer die größte Einheit der polnischen Marine sein, die bisher nur einige Kanonenboote zum Küstenschutz aufweist. In der Tat hat, wie der Stand des Flotz beweist, Polen gar keine dringlichere Aufgabe, als sich eine Flotte zu schaffen.

Ein General als Spion

Vom tschechischen Kriegsministerium wird mitgeteilt, daß die plötzliche Beurteilung des Generalsabschefs Gajda aus dem Grunde erfolgt sei, damit in Ruhe und ohne Nachteil auf den amtlichen Gang in vertraulicher Weise die Anstände ermittelt werden könnten, die in letzter Zeit gegen Gajda erhoben worden seien.

Ueber diese geheimnisvolle Affäre sind die verschiedensten Gerüchte verbreitet. Gajda soll während seines Aufenthaltes in Frankreich Spionage zugunsten Sowjetrußlands getrieben haben. Der französische Generalstab habe erst in allerletzter Zeit davon Kenntnis erhalten und im Einverständnis mit einer hervorragenden tschechischen Persönlichkeit dem General durch einen Kuffen eine Falle gestellt, um ihn seiner früheren Beziehungen zu überführen.

* Araber und das deutsche Eigentum. Die kubanische Regierung hat mitgeteilt, daß sie nicht beabsichtigt, die Bestimmungen des § 18 der Anlage 2 zum Teil 3 des Vertrages von Versailles auf das Eigentum der deutschen Reichsangehörigen und Gesellschaften anzuwenden.

Erwerbslosenparade in Berlin

Berlin, 13. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Schwere Ausschreitungen spielten sich heute mittig in der Gormannstraße in Berliner Norden vor dem dortigen Arbeitsnachweis ab. In den kleinen Räumen der Legitimationsabteilung warteten etwa 250 Frauen, von denen einige infolge der großen Hitze in Ohnmacht fielen. Man rief die Fenster auf. Der Vorfall schloß sie wieder. Daraus entwickelte sich ein Streit, in dessen Verlauf die Beamten des Arbeitsnachweises so bedroht waren, daß sie das nächste Polizeirevier anriefen.

An der Spitze eines Kommandos erschien darauf der Hauptmann v. Mülow, der seine Leute vor dem Gebäude halten ließ und sich allein in den Hof begab, um die aufgeregte Menge zu beruhigen. Kaum hatte er sich dem Publikum genähert, als er von einer Anzahl Arbeitsloser überfallen, mißhandelt zu Boden geschlagen und mit Steinen getreten wurde. Man rief ihm die Kleider vom Leibe und zerbroch seinen Säbel. In dieser Bedrängnis kamen die Polizeibeamten ihrem Kommandanten zu Hilfe und suchten mit Gummirütteln die Menge auseinanderzutreiben. Da diese inzwischen auf beinahe tausend Menschen angewachsen war, mußte das große Arbeitsloskommando zu Hilfe gerufen werden, das die gesamte Straße räumte und absperzte. Wegen lebend Verhaftete wird das Verfahren wegen Auflehnung gegen die Staatsgewalt eingeleitet werden.

Die Erwerbslosenparade haben sich dann den ganzen Nachmittag bis in die Nacht fortgesetzt. Die Ausschreitungen behielten auch in den späten Nachmittagsstunden ihren bedrohlichen Charakter. Vor dem Hauptgebäude des Arbeitsnachweises in der Gormannstraße drängte eine nach tausenden zählende Menge, die gegen die wenig zahlreichen samten drohend vorging. Der zuständige Revierkommandant

Graf Zeppelin ruft:

„Mein Werk ist euer Erbe! Verwaltet es! Erhaltet es!“

Verträge für die Zeppelin-Edener-Spende nimmt entgegen der Zeppelin-Stiftung. Wo ein solcher nicht vorhanden ist, zehle man ihn bei den öffentlichen Kassen, Banken oder auf Postkonten unter Nr. 5445.

war bereits am Vormittag so schwer überfüllt worden, daß er sich in ärztliche Behandlung beggeben mußte und nicht zur Stelle sein konnte. Die Beamten versuchten zunächst durch gütliches Zureden die Menge zum Weitergehen zu veranlassen, aber diese Bemühungen waren vergeblich. Die aufgeregten Demonstranten griffen die Schutzpolizisten immer wieder an, bis schließlich auf Kraftfahrzeugen Verhaftung herbeigeführt wurde. Aus Hausfluren und Bierhöfen wurden die Arbeitslosen herausgeholt und bis zum Rosenhalsplatz zurückgetrieben. Dabei kam es wiederholt zu schweren Zusammenstößen. 12 Personen wurden verletzt, konnten aber nachher alle wieder in ihre Wohnungen entlassen werden. Bis 4 Uhr nachmittag hielt die Polizei das ganze Stadtviertel für jeden Verkehr gesperrt. Erstwert wurde die Lage dadurch, daß abends in der Gegend zwei Demonstrationen stattfanden, auf dem Bülowplatz eine Kundgebung für die politischen Gefangenen und in einer benachbarten Straße eine Versammlung der Kisten Hilfe.

Ob der Arbeitsnachweis in der Gormannstraße heute (Mittwoch) vormittag wieder eröffnet wird, steht noch nicht fest. Schuld an den Ausschreitungen oder wenigstens an ihrer Zuspitzung hat ohne Frage auch die fürchterliche Hitze dieser Tage und nebenbei natürlich die Arbeitslosigkeit, die für den Juli ganz ungewöhnlich ist. Noch nie hat u. a. die Bauwirtschaft um diese Jahreszeit einen so geringen Umfang gehabt wie heute. Auch im Gastgewerbe herrscht im Gegensatz zu anderen Jahren kein Mangel an Saisonpersonal und die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen hält sich auf einer selten bedauerlichen Höhe.

Letzte Meldungen

Ein französisches Flugzeug abgestürzt und verbrannt

Nürnberg, 14. Juli. Gestern Abend 6.15 Uhr geriet ein auf dem Fluge von Paris nach Konstantinopel über Prag sich befindliches französisches Militärflugzeug nach einer Notlandung in Fürth aus bisher unbekanntem Grund in Brand und stürzte in der Nähe des Flughafens Fürth-Nürnberg ab. Der Flugzeugführer und der Beobachter konnten sich aus dem brennenden Flugzeug retten, während zwei Mann der Besatzungsarmee, die sich in dem Flugzeug befanden, verbrannten.

Weltweite Deutschenverfolgungen in Ostoberschlesien

Kattowitz, 14. Juli. Polnische Geheimpolizei nahm gestern in der Geschäftsstelle des Deutschenationalen Handlungsgesellschaftsbundes eine Hausdurchsuchung vor und beschlagnahmte eine Anzahl Schriftstücke. Ferner wurde der Geschäftsführer verhaftet. Die Methode, die die Polen gegen den Deutschenationalen Handlungsgesellschaftsbund anwenden, ist die gleiche, mit der sie gegen den Deutschen Volksbund zu Felde gezogen sind.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag

Berlin, 14. Juli. Gestern sind im Auswärtigen Amt die Ratifikationsurkunden zu dem Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden vom 4. Mai ausgetauscht worden. Der Austausch wurde auf deutscher Seite von dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. v. Schubert und auf schwedischer Seite von dem königlich schwedischen Gesandten G. E. L. af Wirsén vorgenommen. Der Vertrag tritt am 1. August in Kraft.

Stapelauflauf eines Schwimmbods

Hamburg, 13. Juli. Auf der Hamburger Werft der „Vulkan-Werke“ lief ein für den Hafen Bordeaux bestimmtes Schwimmbod von 25 000 Tonnen Tragfähigkeit vom Stapel. Das Boot enthält von Elektromotoren angetriebene Kreiselpumpen, deren Leistungen so bemessen sind, daß ein Schiff in zwei Stunden trockengelegt werden kann. Das Boot ist von der Bestellung bis zum Stapellauf in 94 Arbeitstagen bewerkstelligt worden.

Der Sultan von Marokko in Frankreich

Paris, 12. Juli. Der Sultan von Marokko ist gestern zur Teilnahme an der Feier des französischen Nationalfestes in Louvre gelangt, von wo er sich direkt nach Paris begeben hat. Er traf im Citroen in Paris ein und wurde vom Präsidenten der Republik, dem Ministerpräsidenten Briand, sämtlichen Ministern, den Präsidenten der Kammer, des Senats und des Nationalrates, dem Seinerpräsidenten und dem Militärgouverneur von Paris empfangen.

Badischer Landtag

Haushaltsausschuß

Zu Beginn der gestrigen Sitzung machte der Finanzminister Ausführungen über die Entwicklung der badischen Staatsfinanzen seit der Aufstellung des Staatshaushalts. Daran schloß sich eine vertrauliche Aussprache, deren Ergebnis die Aufforderung an die Regierung war, dem Landtag eine Vorlage über die beabsichtigten Veränderungen des Staatshaushalts zu machen.

Dann nahm der Ausschuß die Abstimmung über die Frage der Errichtung eines Hofgutes auf der Kollerinsel vor. Ein Teil der Mitglieder des Ausschusses hatte vor einiger Zeit die Kollerinsel besucht. Als Ergebnis dieser Besichtigung stellte ein deutsch-nationaler Redner fest, daß man nicht ein Hofgut auf der Kollerinsel errichten solle, sondern eine Siedlung. Dreißig Landwirte können dort eine Siedlung finden. Auch ein Zentrumsmann sprach sich gegen die Errichtung eines Hofgutes aus. Man solle nur die Einrichtungen treffen, die für die Kultivierung notwendig sind. Auf Anfrage teilte der Finanzminister mit, daß die Regierung beabsichtigt, nur das Land zu kultivieren und dann wieder den Bauern zurückzugeben, aber nicht etwa das Gut an Pächter zu verpachten. In der Abstimmung sprachen sich 13 Mitglieder des Ausschusses, Zentrum, Sozialdemokratie, 1 Demokrat für die Errichtung des Hofgutes aus. Sogademat war die Deutsche Volkspartei, ein Zentrumsmann, ein Demokrat und die Bürger. Vereinigung enthielten sich der Stimme.

Dann behandelte der Ausschuß den Kirchenbau in Todmors. Es ist beabsichtigt, die Kirche zu erweitern und einen neuen Glockenturm zu bauen. Der Staat ist hauptsächlich für die Kirche und den Dachreiter, nicht aber für den Glockenturm. In der Abstimmung wurde die Uebernahme der Kosten für den Turmbau auf den Staat mit den Stimmen des Zentrums und eines Mitgliedes der Bürgerlichen Vereinigung gegen die Kommunisten bei Stimmenthaltung der anderen angenommen. Die Rechtsauffassung, daß durch die Uebernahme dieser Kosten in einem Umfange der bisherigen Rechtsprechung nichts geändert hat, daß der Staat also nur hauptsächlich für die Kirche und einen breiten Turm, nicht aber für einen besonderen Glockenturm sei und daß die Unterhaltung des Glockenturms zu Lasten der Gemeinde zu gehen habe, wurde gegen die Stimmen des Zentrums und den übrigen bestätigt.

In seiner Nachmittagsitzung behandelte der Haushaltsausschuß ausschließlich den

Vorschlag für das Badische Landestheater

Auf die Debatte kommen wir im Abendblatt noch zurück. Nach Annahme mehrerer Anträge, darunter Forderung des Staatszuschusses und Kündigung des Vertrages mit der Stadt Karlsruhe wurde über einen deutschsozialistischen Antrag abgestimmt, der für das Stadttheater in Freiburg die Bewilligung eines jährlichen Beitrages von 50 000 RM. vorseht. (Und wo bleibt Mannheim?, Schriftlich). Der Antrag wurde mit 8 gegen 6 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, für den Ankauf von Werken badischer Künstler zur Ausschmückung hiesiger Arbeitsräume und zugleich zum Zwecke der Unterhaltung notwendiger Künstler den in den Vorschlag eingestellten Betrag von 10 000 RM. zu erhöhen, wurde mit 12 gegen 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Rechtsfrageauschuß

Nach Erledigung verschiedener Eingaben und Anträge wurde in die Beratung des Entwurfes eines Gesetzes über die Aenderung des Fortgesetztes über die Bewirtschaftung der bisherigen Stammgutswaldungen eingeleitet. Der Berichterstatter, Abg. Oblicher (Volkspartei) erstattete eingehend Bericht über die Entwicklung des Stammgutswaldes und der Stammgutswaldungen. Daran, 20 des Stammgutserhebungsgesetzes vom 13. Juli 1923 (Schriftl.) vor, daß die bisherigen Stammgutswaldungen gegen Zersplitterung oder übermäßige Ausbeutung zu schützen seien. Das Nähere bleibe einem besonderen Gesetz vorbehalten. In Erfüllung dieser Vorschrift habe die Regierung nunmehr vorgeklagt, daß aus den bisherigen Stammgutswaldungen Waldbesitzheiten gebildet werden sollen, die in ein Verzeichnis bei der Forstverwaltung eingetragen werden. Ausgenommen sollen Waldungen unter 20 Hektar und solche Waldungen sein, die sich zu nachhaltigen Betrieben eignen. Die Inhaber solcher Waldbesitzheiten werden verpflichtet, ein Einrichtungsprotokoll der Forstverwaltung vorzulegen und darnach den Wald nachhaltig zu bewirtschaften. Uebernahmen sollten binnen 10 Jahren eingebracht werden. Die Forstverwaltungen sollen zu Bewirtschaftung zwecks Ueberwachung berechtigt sein und falls die Nachhaltigkeit gefährdet sei, die Waldbesitzheiten unter staatliche Verpflegung gestellt werden. Dagegen sind Rechtsmittel vorsehen. Zu Lösung von Streitigkeiten ist die Genehmigung der Forstverwaltung erforderlich.

Ueber die grundsätzliche Frage, ob ein solches Gesetz, das die bisherigen Stammgutswaldungen gewissen Beschränkungen unterwirft, die über die Beschränkungen der anderen Privatwaldungen hinausgehen, überhaupt erlassen werden soll und darüber, ob, wenn dies erforderlich sei, solche Beschränkungen nicht auch für den anderen privaten Waldbesitz vorsehen werden sollen, entspann sich eine ausgiebige Aussprache. Die Regierung vertritt den Standpunkt, daß zwar die Bewirtschaftung der Stammgutswaldungen im Allgemeinen gut und nachhaltig war, daß aber nach Aufhebung des Stammgutswaldes und den dadurch bedingten Wegfall des Schutzes gegen Zersplitterung aus volkswirtschaftlichem Interesse zur Aufrechterhaltung der bisherigen guten nachhaltigen Bewirtschaftung der Vorschlag des Gesetzes notwendig sei. Die Bewirtschaftung der Privatwaldungen sei unter der Herrschaft des bisherigen Fortgesetztes bisher erträglich gewesen und es sei nicht anzunehmen, daß die Privatwaldungen weiteren Beschränkungen als bisher zu unterwerfen. Bei den bisherigen Stammgutswaldungen wolle man lediglich den bisherigen Zustand nicht verschlechtern lassen und eine gewisse Gewähr für weitere nachhaltige Bewirtschaftung schaffen.

Gegen die vorgesehene Regelung sind vom Grund- und Waldbesitzverband sowie den Standesherrn und Grundherren Vorstellungen erhoben worden, die sich gegen die vorgesehene Beschränkungen ihrer Rechte aussprechen. Der Berichterstatter stellt sich auf den Standpunkt der Regierung und lehnt eine Ausdehnung der Beschränkungen auf Privatwaldungen ab, hält dagegen Vordemerkungen gegen eine solche Bewirtschaftung nach Aufhebung des Stammgutswaldes aus volkswirtschaftlichen Gründen für wünschenswert. Der gleiche Standpunkt wird eingehend von der Regierung vorgebracht und begründet. Nach einer ausgiebigen Aussprache wird dem Wünsche, sich vor der Abstimmung über die grundsätzliche Frage in den Fraktionen zu sprechen, dadurch Rechnung getragen, daß die Verhandlungen vertagt werden.

Die Wahlen zur Landesynode

hatten nach einer vorläufigen Zusammenstellung in den fünf Wahlkreisen folgendes Ergebnis: Pos. 87 283, Landesf. 11 303, Alb. 63 975, Volkst. 26 775. Gewählt sind somit 29 Positive, 17 Liberale, 8 Volkstümliche, 3 Landeskirchliche.

Die Explosionskatastrophe in Amerika

Da die Explosionen noch nicht aufgehört haben, mußten die Truppen, die bei ihren Bergungsarbeiten bisher 19 Tote gefunden haben, ihre Tätigkeit wieder einstellen, da sie durch die neuen Explosionen aufs schwerste gefährdet werden. Ein wahrer Geschosshagel geht dauernd über das heimgejudete Gelände nieder. Zwölf Magazine drohen jeden Augenblick aufzufliegen. Die gefundenen Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit zermittelt und völlig zerrissen. Nach amtlichen Schätzungen rechnet man mit 30 weiteren Toten. In 400 Berlehte liegen in Kirchen und Schulen, die als Hospitälere eingerichtet sind. Nach einer Besichtigung der Trümmerstätte des explodierten Munitionsdepots erklärte Marineminister Milbour, die Berichte von Offizieren, wonach das Depot nicht sachgemäß angelegt gewesen sei, seien unrichtig. Es hätten Sicherungsmaßnahmen gegen Gefahren aller Art, auch gegen Blitzegefahr, bestanden.

Städtische Nachrichten

Die Rheinbrückenfrage

Der bayerische Innenminister Dr. Stübel erklärt, daß die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen Mannheim und Ludwigshafen am vordringlichsten sei.

Ein Redaktionsmitglied der „Pfälzischen Rundschau“ hatte Gelegenheit, mit dem bayerischen Innenminister Dr. Stübel gelegentlich seines Speyerer Aufenthaltes aus Anlaß einer Abiturienten-Weberfestsfeier über die bayerischen Rheinbrückenprojekte im allgemeinen und über die Rheinbrückenfrage Ludwigshafen-Mannheim im besonderen zu sprechen. Die Ausführungen, die der Minister hierbei machte, sind u. E. geeignet, die Gemüter der Bevölkerung wesentlich zu beruhigen und zur Klärung der ganzen Situation in recht erfreulicher Weise beizutragen. Auf die Frage, ob im Hinblick auf die Bereitstellung von Reichsmitteln für die Brückenbauten Magau und Speyer sich die Meinung der bayerischen Regierung bzw. des Ministers bezüglich der Ludwigshafener Brücke geändert habe, äußerte sich Innenminister Dr. Stübel etwa folgendermaßen:

„Ich stehe der Rheinbrückenfrage heute genau so gegenüber wie bisher; meine Meinung hat sich nicht geändert. Ich habe von jeder den Standpunkt vertreten, daß die Ludwigshafener Brücke die vordringlichste ist. Das ist auch nach wie vor der Standpunkt des bayerischen Staates. Daß in der letzten Zeit die Projekte von Speyer und Magau in den Vordergrund getreten sind, ist daraus zu erklären, daß es sich hier um Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge handelt, für die die Reichsregierung innerhalb ihres Programms für Notstandsarbeiten Mittel zur Verfügung stellen will. Nachdem bereits festgestellt, wie die Ludwigshafener Brückenfrage gelöst werden soll, ist es daher auch nicht verwunderlich, daß bei der Erörterung über die fraglichen Notstandsarbeiten das Ludwigshafener Projekt nicht genannt wurde. Man weiß doch, daß die Eisenbahn in Ludwigshafen eine neue Eisenbahnbrücke bauen wird, sobald dann die jetzige Brücke ausschließlich dem allgemeinen Verkehr zur Verfügung gestellt werden kann. Die Verhandlungen drehen sich nur noch darum, wie hoch sich die Abfindung für die Brücke bzw. für den Verzicht auf die Brückenbenutzung belaufen wird. (In die Uebernahme der Abfindungssumme hätten sich Ludwigshafen-Mannheim sowie der bayerische und der badische Staat zu teilen.) Steht das fest, so wird die Eisenbahn den Bau der neuen Eisenbahnbrücke betreiben und alsbald mit den Bauarbeiten beginnen.“

Der Minister bemerkte noch, daß er alles Interesse an dem baldmöglichen Abschluß der Verhandlungen habe. Die Stadt Ludwigshafen könne nur verlangen, daß ihr Projekt durch die anderen Brückenprojekte nicht gehindert oder gehindert wird; zu einer solchen Annahme läge jedoch kein Grund vor. Jedenfalls werde die bayer. Regierung alles tun, um die Ludwigshafener Brückenfrage auf schnellstem Wege zu lösen, d. h. für ihren Teil dafür zu sorgen, daß die Eisenbahnverwaltung den Bau der neuen Brücke alsbald in Angriff nehmen kann. Der Innenminister streifte dann noch kurz das Speyerer und Magauer Projekt und erwähnte dazu, daß es sich bei den Reichsmitteln um die Finanzierung von Vorarbeiten (Dammbau usw.) handelt. Man sollte es der Reichsregierung danken, daß sie beabsichtigt, möglichst viele Arbeiten auf Grund der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu bringen. Nach Lage der Umstände, schloß Minister Dr. Stübel, ist damit zu rechnen, daß das Ludwigshafener Brückenprojekt in Kürze verteidigt werden wird und die Reichsbahn den Bau der Eisenbahnbrücke in Angriff nimmt.“

Der Schubertbund in Mannheim

Der Schubertbund, der am kommenden Samstag, mitlaos 12 Uhr 34 Min., im hiesigen Hauptbahnhof eintrifft, wird dort von der Mannheimer Sängervereinigung begrüßt. In geschlossener Kasse werden die Wiener Gäste dann unter Vorantritt einer Musikkapelle und der Rabaner der Vereinigung angeschlossen. Der Bund des hiesigen Sängers nach dem Aufbau des Schubertbundes in Mannheim. Nach dem im Friedrichpark stattfindenden gemeinsamen Mittagessen machen die Wiener Sänger auf dem von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellten Dampfer „Riedwald“ eine kurze Stromfahrt. Nach Aufbruch der am 1. August im Mittagsstunden des Lehrereisenvereins anstehenden Privatquartiere findet dann am Abend im Riedwaldsaal ein Konzert des mit 240 Sängern auftretenden Vereins statt. Dieser ist in der städtischen Saal, unter seinen Mitgliedern hervorragende Künstler zu haben. Die beiden Solisten: Opernsänger Kahal und Prof. Dr. Weinarter, der für den an der Mitteltis verbindlichen Prof. Dachs die im Programm vorzulebenden Klavierstücke übernimmt, sind ohne Mittels des Schubertbundes. Nach dem Konzert selbst der Lehrereisenverein zu Ehren der Gäste ein Bankett, das ebenfalls im Riedwaldsaal stattfindet.

Das versiegelte Bild

Skizze von Freiherr von Schlicht

Das Gona hatte bereits zum zweiten Mal zum Mittagessen geufen. Trotzdem stieg sie, die letzten neunzehn Jahre geworden war, nur langsam die Treppe zu dem im Erdgeschoss gelegenen Wohnzimmer hinunter. Sie war wirklich nicht die Spur neugierig, den heute permittiert, schlüßelweise nur für den noch kurzen Rest seiner landwirtschaftlichen Verricht. auf dem Gut ihres Vaters neu einsetzenden Volontär, Herrn von Fellen, kennen zu lernen. Mit ihm würde es bestimmt auch nicht anders werden als mit seinen Vorgängern. Sicher würde auch er seine Gerechtigkeit vorüber geben lassen, um ihr etwas von ihrer schönen, schlanken Figur vorzuschwärmen, von ihren arden schwarzen Haaren und von allem, was ihm sonst noch an ihr gefiel. Dann würde auch er es natürlich versuchen, einen Kitz mit ihr anzulohnen. Aber die Luft dazu wollte sie ihm gleich von Anfang an nehmen, schon durch die Art, wie sie ihm bei der ersten Begegnung höflich und liebenswürdig, aber dennoch zurückhaltend und abweisend gegenübertrat.

Das nahm sie sich leicht noch einmal fest vor, bevor sie die Tür zum Speisezimmer öffnete, wo sie bereits erwartet wurde. Aber als die Mutter ihr nun den neuen Hausgast vorstellen sollte, und als der, groß und schlank, dabei doch trübsinnig gemächte, ihr mit seinen lebendigen, schuldigen Worten, mit seinem hübschen, klaren, barocken Gesicht und den arden, braunen Haaren gegenüberstand, mußte sie an sich halten, um nicht einen leisen Aufschrei des Schreckens und der Ueberraschung auszusprechen. Dieser Herr von Fellen war ja kein anderer als der, der —

Dunkelrot stieg ihr plötzlich das Blut in die Wangen, und sie war froh, als sie sich auf eine Bitte der Mutter hin, noch einen Augenblick am Büfett zu schaffen machen konnte, bevor man Wahn nahm. Und sie empfand es dann mehr als dankbar, daß sie sich an der Unterhaltung nicht zu beteiligen brauchte, die von dem Vater und dem neuen Volontär allein geführt wurde.

Während der ganzen Zeit dachte sie beinahe: Ist er es oder ist er es nicht? Das wollte, nein, das mußte sie wissen. Und deshalb frauste sie plötzlich, als in der bisher geführten Unterhaltung eine kleine Pause entstand, mit einer Stimme, die zu ihrem eigenen Erstaunen atemberaubend und atemberaubend klang: „Sorgen Sie bitte, Herr von Fellen, ich denke schon lange darüber nach, sind wir uns in unlerem Leben nicht schon einmal begegnet und war vor einem reichlichen halben Jahr auf dem Verlobungsfeiern meiner Freundin Ellen Reiberg?“

„An dem Fest war ich allerdings auch anwesend, anständiges Fräulein“, stimmte er ihr bei. „Wie er nun nach einer kurzen Pause, in der er sie forschend und prüfend ansah, sagte, mit dem Ausdruck ehrfurchtsvoller Bedauerns fortfuhr: „Sorgen Sie mir bitte nicht böse, anständiges Fräulein, daß ich mich bei der ardenen Zahl der damals Gesandenen der von Ihnen erwähnten Begegnung nicht mehr entsinnen

Es ist das erste Mal, daß ein Wiener Verein Mannheim besucht. Deshalb muß es sich die Bewohnerstadt Mannheims besonders aneignen sein lassen, daß die Gäste von unserer Stadt und ihrer Bevölkerung einen guten Eindruck bekommen. Den besten Eindruck erhalten sie von einem starken Besuch ihres Konzerts. Der Konzertschluß und das nachfolgende Bankett arden Gerechtigkeit, den Stammesorgwarden aus Deisterreich unsere Sympathie zu bekunden. Für alle Freunde des Anstaltsdienstes dürfte es willkommen sein, den Besuch der Wiener Sängervereinigung zum Anlaß zu nehmen, durch eine fruchtvolle Kundgebung für den Zusammenhalt der beiden Brudervereinigungen zu werden.“

Die Hundstage stehen uns kalendermäßig noch bevor. In Wirklichkeit sind sie aber schon da. Glühend brannte gestern die Sonne, bis sie Abschied nahm. Die Mannheimer klühten sich in die Badanstalten, die bis zur hereinbrechenden Dunkelheit überfüllt sind, und in die improvisierten Strandbäder am Rhein und Neckar. Man muß sich bei der Sorglosigkeit, mit der sich die Kinder ins freie Wasser wagen, eigentlich wundern, daß nicht mehr Unglücksfälle passieren. Die Temperatur erreichte gestern ein Maximum von 28° C. (gegen 23,7° am Montag). Heute früh waren schon wieder 21,9° C. (17,4° C.). Die „heißte“ Temperatur betrug in der verflochtenen Nacht 17,6° C. (14° C.).

Sparsame Gasverwendung. Durch richtiges Aufheizen und Verwendung geeigneter Löpfe kann die von der Gaslampe erzeugte Wärmemenge dem Kochgut in besonders anständiger Weise zugeführt werden. Das Ueberheizen der Löpfe, das sogenannte „Turmlöchen“, trägt ebenfalls zur sparsamen Verwendung des Gases bei und ist dazu die Kochmethode, bei der die lebenswichtigen Bestandteile der Nahrungsmittel am besten erhalten und für den menschlichen Körper nutzbar gemacht werden. Ueber Brennerreparaturen, sowie sparsame Verwendung von Gas zum Kochen, Braten, Backen und Sterilisieren werden z. B. praktische Beispiele in den Schaufenstern der Stadt. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke in K 7, geneigt. Im Ausstellungssaal selbst werden kostenlos alle diese Vorkänge erklärt und den Hausfrauen praktische Anweisungen erteilt. (Weiteres Anzeigen.)

Heidelberger Bürgerausschuß

kr. Heidelberg, 13. Juli.

Zweiter Tag der Vorkonferenz

Zu Beginn der Sitzung gibt Sta. Ammann (D.L.B.) im Namen seiner Fraktion und der vereinigten bürgerlichen Gruppen eine scharfe Erklärung gegen die Äußerungen des sozialdem. Sta. Ammann ab, der behauptet hat, daß bürgerliche Kreise den Krieg herbeigeführt haben. Sta. Ammann (Soz.) erklärt, daß er seinem Mitglied des Bürgerausschusses habe zu nahe treten wollen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Walz kommt auf die gestrigen Äußerungen der einzelnen Redner über die Stellung des Bürgerausschusses, die gar nicht so schwach sei, zurück. Das Wahlrecht sei ein starkes Mittel des Bürgerausschusses. Die badische Gemeindeordnung sei demokratischer als alle anderen in Deutschland. Es sei vielleicht ein Fehler der badischen Regierung gewesen, den Namen „Stadtvorsteher“ gewählt zu haben, der etwas ganz anderes sei als der preussische Stadtvorsteher. Man könne darüber streiten, ob das heutige System noch beizubehalten sei, weil in der heutigen Zeit oft schnelle Entscheidungen nötig seien. Dabei sei aber ein großes Kollegium hinderlich. Die badische Gemeindeordnung habe große Fortschritte gegen früher, aber jedes Recht müsse der Zeit Rechnung tragen und auch das Gemeindericht könne noch Verbesserungen erfahren. Der Vorschlag verteidigt dann nochmals den Vorschlag, der den einen zu dürftig, den anderen zu üppig sei. Es müsse ein Kompromiß geschlossen werden, dem auch die Stadtverwaltung zustimmen könne. Der Bau der elektrischen Straßenbahn nach Schwetzingen stehe auf Schwierigkeiten, die Verhandlungen wegen Geländeaufbau müßten wegen zu hoher Forderungen abgebrochen werden. Der Wasserleitungsbau werde sicher noch im Herbst in Angriff genommen. Die Möglichkeit, bestimmte städtische Ämter aufzugeben bzw. zusammenzulegen, bestehe. Ueber den rechnerischen Abschluß der Gutsverwaltung werde dem Bürgerausschuß eine genaue Vorlage zugehen. Am Rande der „Badepalast-Ruine“ möge irgend ein Provisorium geschaffen werden. Heidelberg dürfe nicht seinen Ehrgeiz darin setzen, immer selbständig zu handeln, sondern soll überall da, wo gemeinsame Interessen von Mannheim und Heidelberg in Frage kommen, ruhig mit der größeren Nachbarstadt zusammenarbeiten. Heidelberg werde dadurch nichts an seiner Eigenart verlieren. In Anlehnung an diesen Standpunkt dürfe man auch die Eingemeindung Rohrbachs nicht von der Hand weisen.

In der Spiegeldebatte

begründet Sta. Reuhaus (Zentr.) die Anträge seiner Fraktion, 1. aus dem vorgesehenen Betriebskost 200 000 M. in die laufenden Einnahmen zu übernehmen, 2. den Betrag für Tilgung der Schulden nur um die Summe der laufenden Amortisation (147 495 M.) zu kürzen, 3. die Umlage für 1928 wie früher auf 60 Pfg. festzusetzen. Die sozialparteiliche Fraktion hat ihre Anträge schriftlich fixiert, sie verlangt 1. Höherinstellung der Ablieferung

des Elektrizitätswerks um 250 000 M., Abtrieb von 60 000 M. bei der Posthof-Straßenbahn usw. (Ersparnis durch Erwerb des Befahlscheinrechts), 3. Abtrieb von 60 000 M. bei der Stadtgärtnerei durch Einsparung des persönlichen und sachlichen Aufwandes. Der Zentrumsredner erklärt, unter Umständen auf seinen zweiten Antrag zu Gunsten der sozialparteilichen Anträge zu verzichten.

Der Oberbürgermeister teilt mit, daß man in Heidelberg 8% Steuerrückstände gegen 3% in der Vorkriegszeit habe. Zum Abschluß „Kapitalvermögen und Schulden“ beantragen die Demokraten, die bis jetzt gewährten Baudarlehen mit dem gleichen Zinsfuß (2% Zins, 2% Amortisation) wie im Jahre 1926 zu verzinsen. Der Antrag wird dem Stadtrat überwiesen. Von kommunalistischer Seite werden die hohen Tarife der Straßen- und Bergbahn bemängelt. Sta. Schaller (Dem.) verlangt bessere Waldwege, neue Wege seien nicht nötig. Der Bergwacht müsse größeres Interesse entgegengebracht werden. Sta. Schmidt (Ber. vgl. Gr.) verlangt die Zusammenlegung der verbleibenden landwirtschaftlichen Güter zu einem Selbstverwaltungsbezirk, etwa in Art einer G. m. b. H. Ein kommunalistischer Antrag, den Verkauf des städtischen Gutes Rudach, sowie die Weiterverpachtung der beiden Badegüter nicht zu genehmigen, wird abgelehnt. Stadtrat Koch (D. L. B.) meint, daß wegen Verkauf oder Tausch von Rudach der Stadtrat nicht festgelegt werden dürfe. Zum Abschluß „Erträge der städtischen Werke“ liegen mehrere Anträge vor (Herabsetzung des Gaspreises, freie Gaslieferung an Erwerbslose und Fürsorgeberechtigte, Tariffestsetzung). Sta. Ammann (Soz.) glaubt, daß Tariffestsetzung vermehrten Gebrauch zur Folge haben werde. Der Antrag auf Herabsetzung des Gaspreises wird abgelehnt. Stadtrat Dorn begründet den sozialparteilichen Antrag, die Einnahmeposition des Elektrizitätswerks um 250 000 M. zu erhöhen. Bis zum 31. März habe das Werk schon 400 000 M. abgeliefert, die Reliabilität sei sehr gut. Durch die Annahme des Antrags, der sich auf amtliches Material stütze, könne die Umlage um 8 Pfg. gesenkt werden. Das Hallenbad müsse die ganze Woche offengehalten werden. Andere Redner verlangen Herabsetzung des Badepreises, selbst auf die Gefahr hin, daß das Hallenbad Zutritt erforsere. Oberbürgermeister weist darauf hin, daß das Bürgerausschuß immer verlangt worden sei, die städtischen Betriebe müssen sich selbst tragen. Heidelberg habe die billigsten Badepreise in Deutschland. Durch die letzte Preiserhöhung sei die Frequenz nicht zurückgegangen. Die Anträge auf Herabsetzung der Badepreise, Offengehalten des Hallenbads am Sonntag, werden angenommen. Der Stadtrat behält sich die Genehmigung vor. Zum sozialparteilichen Antrag (Erhöhung der Einnahmen des Elektrizitätswerks um 250 000 M.) erklärt Stadtrat Kiger die Ablehnung durch die Sozialdemokraten. Oberbürgermeister K. K. als Leiter des Werks ersucht ebenfalls um Ablehnung. Die Abstimung wird auf den Schluß verschoben. Ein Antrag auf kostenlose Latenzbestimmung wird abgelehnt.

Beim Abschluß „Allgemeine Verwaltung“ dankt Obermann (Soz.) den städt. Beamten für ihre Tätigkeit. Die Art wie die Prüfung der Beamten vor sich geht, sei beinahe eine Unmöglichkeit, die Praxis im Beruf müsse ausschlaggebend sein. Seine Fraktion beantragt, den Stadtrat zu ersuchen, der badischen Fürsorgekasse beizutreten. Der Redner begründet auch die sozialdemokratischen Anträge auf Höherinstellung von 46 Beamten und einwöchige Anstellung von weiteren 15 Beamten. Bedenktlich sei der Personalwechsel bei der Straßenbahn. Der Redner bittet um Aufklärung darüber, ob es wahr sei, daß ein städtischer Beamter in Gruppe 13 gleichzeitig auch Direktor der Straßenbahn sei. Der Oberbürgermeister erklärt, daß der Direktor der städtischen Werke die Stelle bei der Straßenbahn ohne jeden weiteren Gehalt verlese. Die Höherinstellung der Beamten würde im Jahr 13 000 Mark mehr erfordern. Sta. Krieger (D. L. B.) schließt sich dem Dank an die Beamten an. Es liege im eigenen Interesse der Beamten, eine richtige Prüfung abzulegen. Freie planmäßige Stellen dürfen durch den Stadtrat selbst besetzt werden, neue zu schaffen, müsse man sich in Abrede der Finanzverhältnisse reiflich überlegen. Sta. Dr. Pfeiffer (Dem.) wendet sich gegen die Höherinstellung von Beamten, ebenso Sta. Sleszer (Zentr.). Sta. Reichert (Soz.) beantragt für seine Fraktion Zurückziehung des Betriebsratsvorsitzenden zu den Sitzungen der Bau-, Werks- und Friedhofskommissionen. Die Kommunisten wünschen in allen städtischen Betrieben die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ab 1. August. Die Abstimmungen über die einzelnen Anträge haben keinen praktischen Wert, da der Stadtrat sich das letzte Wort vorbehält. Nach vierstündiger Dauer wird die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Hausfrauen

besucht den Vortführungsraum der städt. Wasser-, Gas- u. Elektrizitätswerke, K 7, wo kostenlos das sparsame Kochen, Braten, Backen, Grillen und Sterilisieren mit Gas gezeigt wird.

mußte es wissen. Nachdem sie das Mädchen mit einem Auftrag fortgeschickt, versuchte sie, das Bild aus dem Rahmen zu nehmen, um eine Widmung zu entdecken. Doch die kleinen Klammern, die den Rahmen verflochten, waren versiegelt. Es schien, als hätte der Besitzer des Bildes vorausgesehen, daß neugierige Hände sich eines Tages daran zu schaffen machen könnten. Da schämte sie sich, daß ihr das Mal heiß in die Wangen schloß. Am Mittag bei Tisch sagte sie kaum, ihn anzusehen.

Es war das erste Mal, daß sie sein Zimmer betreten hatte, es sollte auch für immer das letzte Mal gewesen sein. Aber etwa vierzehn Tage später war wieder ein kleiner Wunsch geäußert worden, dessen Ausführung die Mutter dem Mädchen nicht allein überlassen wollte. So stand sie übermorgen vor dem Bild, und noch viel stärker als bei dem ersten Mal trat die Versuchung an sie heran, es aus dem Rahmen zu lösen. Doch wie sollte sie, ohne daß er es später bemerkte, den Siegelrand von dem Verschlus entfernen? Sie sah genauer hin und stellte jetzt zu ihrer größten Ueberraschung fest, daß er aus irgend einem Grunde bereits entfernt war. Die nächsten Minuten würden ihre also Gewissheit bringen. Angstlich zögernd sah sie sich nach dem Mädchen um. Raum hatte sie dieses mit einem Auftrag wieder fortgeschickt, da hielt sie auch schon das Bild in Händen, auf dessen ganzer Rückseite mit feinen Stiften ein Briefbogen befestigt war. Und nun las sie:

„Liebe kleine Ketti! Ich habe die Siegel, die ich bisher Deine Hand gemacht, heute Deine eigenen abdrückt wieder entfernt. Ich hoffe, daß nicht nur Deine Neugierde, sondern namentlich Deine Eifersucht Dich verleiten wird, das Bild, das die Frau meines besten Freundes zeigt, und das ich nur Deine Augen auf den Schreibtisch stellte, aus dem Rahmen herauszunehmen. Es ist kein Zufall, daß Deine liebe Mutter Dich heute zum zweiten Male in mein Zimmer schickte; sie weiß, kleine Ketti, daß ich Dich von dem Augenblick an liebe, da ich mich damals auf dem Verlobungsfeiern hinterhinein ließ, Dich zu küssen. Alles weitere erzähle ich Dir mündlich, vorausgesetzt, daß Du es von mir hören willst.“

Eine kleine Weile sah sie voll freudigster Erregung starr da; dann aber sprang sie mit dem Brief in der Hand auf, um ihn, den sie schon so lange liebt, zu suchen. Doch im letzten Augenblick besann sie sich eines anderen. Sie wollte das Bild dann an sie gerichteten Seiten wieder in den Rahmen stellen; denn sie war es sich selbst schuldig, ihm zu beweisen, daß sie nicht die Spur neugierig und erst recht nicht die leiseste Spur eifersüchtig gewesen sei. Aber sie kam nicht dazu, ihm diesen Beweis zu erbringen, denn plötzlich fühlte sie sich, ohne daß sie sein leises Atmen gehört hätte, von ihm umfost und gleich darauf geküßt.

Und ebe sie ihm ergrübelt hätte zurückflüchten: „Sie haben in wieder nicht gefragt, ob Sie das auch dürfen?“ — Da hatte sie ihn dieses Mal schon wiedergefunden.

kann. Allerdings bestimme ich ein beinahe wertloses schlechtes Photoalbum, welches ich als Geschenk an dich annehmen möchte.“

War er es oder war er es nicht? Die Frage beständigte sie trotz der Antwort, die er ihr eben gegeben, bei Tisch fortwährend weiter, und erst recht, nachdem sie sich wieder in ihr Zimmer begeben hatte. Da dachte sie an die kleine Szene, die schon so weit zurücklag, und die sie dennoch nicht vergessen hatte, und die sie eigentlich auch nicht vergessen wollte. In einer der vielen Lampen hatte auf jenem Verlobungsfeiern an dem herrlichen Sommerabend die ganze Schar der jungen Mädchen und Herren in dem arden Park herumgetollt. Man hatte Geiseln und Holzer angepöbel, und sie selbst war vor einer lustigen Schar, die Hand auf sie machte, davongelassen. Aber sie war hinter und ordentlich geübt gewesen als ihre Verlobter und hatte in ihrem wilden Lauf auch nicht innegehalten, als die anderen die Verlobung schon aufgeben hatten. Da war sie plötzlich neben einem Herrn erkannt, der unermüdet aus einem Nebenweg vor ihr auftauchte. Er schloß sie in sich an und küßte sie und lachte und atemlos befehl: „Halten Sie mich, ich kann nicht mehr, ich falle um.“ Da hatte er sie gehalten und dann — ja, auch heute vermochte sie sich nicht zu erklären, wie es eigentlich gekommen war, lebensfalls hatte er sie schloß auf den Mund geküßt. Einen Augenblick hatte sie ihn lustig angesehen, dann war sie davongelassen. Der Herr aber hatte gar nicht den Verlust gemerkt, ihr zu folgen. Er stand, als sie sich noch einmal umschau, wie angewurzelt da und starrte ihr nach. Auch im weiteren Verlauf des Abends hatte er sich ihr nicht wieder genähert, nicht ein einziges Mal mit ihr geredet, wohl weil er ihr gegenüber ein so schlechtes Gewissen trug.

Deutschland der Abend wieder vor ihr. Der ihr damals den Auf gegeben, wollte nun als neuer Hausgenosse in ihrem elterlichen Hause. Immer vorausgesetzt natürlich, daß er es war; denn seinen Namen hatte sie damals, als er ihr mit vielen anderen gemeinsam vorgelesen wurde, nicht verstanden oder wenigstens nicht behalten. Hinterher hatte sie nicht gewagt, sich danach zu erkundigen, schon um keinen Argwohn zu wecken. Nun, die nächsten Tage oder Wochen würden ihr ja Gewissheit bringen. Aber ihre geheime Frage: Ist er es oder ist er es nicht? wurde durch keinerlei Andeutung von ihm beantwortet.

Dafür fand sie die Erklärung, als sie eines Morgens während seiner Abwesenheit im Auftrag der Mutter mit dem Mädchen zusammen sein Zimmer betrat, um dort einen kleinen Wunsch, den er für die Einrichtung geäußert hatte, zu erfüllen. Da entdeckte sie auf seinem Schreibtisch in einem einfachen Holzrahmen das Bild eines geradezu blendend schönen jungen Mädchens oder jungen Frau. Nun verstand sie ihn, verstand sie alles. Er liebte eine andere, und darum konnte und durfte er sie natürlich nicht lieben, auch nie davon sprechen, daß er sie, wenn auch nur einmal, und noch dazu im Scherz, geküßt habe. Heiß und jäh flammte die Eifersucht in ihr auf. Wer war diese andere? Sie

Neue Mannheimer Zeitung - Handelsblatt

Der neue Hapag-Harriman-Vertrag

Stimmrecht der Harriman-Aktien bleibt bei der Hapag
Bekanntlich wurde vor sechs Jahren zwischen Hapag und der
Harriman-Amerika-Linie ein Vertrag geschlossen, der auf 20 Jahre be-

Da die Kapitalerhöhung der Hapag und auch die anderen Maßnahmen
vermeintlich die Möglichkeit aufweisen, kann man auf enges
Zusammenarbeiten der beiden Reedereien schließen, was

Ein neuer 35 000 T.-Dampfer der Hapag

Die Hamburg-Amerika-Linie beschließt für den Schnellverkehr Hamburg-Newport
einen neuen Dampfer mit einer Leistung von etwa 35 000 Tonnen zu bauen.

Die Ablösung der öffentlichen Anleihen

Nachdem die zweite Verordnung des Reichministers der Finanzen zur
Durchführung des Gesetzes über die Ablösung der öffentlichen Anleihen am 2. Juli
erlassen worden ist, haben die Landesregierungen entsprechende Ausführungsverordnungen
über die Ablösung der Anleihen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände
erlassen.

Ufer Abfluß der Vereinigte Badische Staats-Salinen

Dürrheim-Rappertshausen u. a. Im Jahre 1925 konnten die Einnahmen aus
Salinen und Bäderbetrieb, Wasser- und Elektrizitätswerk mit 1 789 251
(1924: 1 003 086) M. fast verdoppelt werden, allerdings stiegen in
gleichem Maße der Ausgaben und die sonstigen Betriebs- und
Verwaltungskosten auf 1 623 517 (1924: 1 281 281) M.

Vorbildliche Aufwertung der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke

In der Verbandssitzung der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke
berichtete zunächst Dir. Weyer über die Aufwertung.
Dies betrifft für Gläubiger innerhalb des Verbandsgebietes 50 v. H.
des Goldwertes, außerhalb des Verbandsgebietes 25 v. H.
Die Aufwertung der Obligationen ist einschließlich 45 v. H.
Die bereits im Jahr 1923 in Papiermark ausgegebenen Gläubiger erhalten
freimüßig innerhalb des Bezirks 25 v. H., außerhalb 12 1/2 v. H.

Johannes Haag, Maschinen- und Kältefabrik u. a. in Augsburg

Der R. V. beantragt, den nach Abzug aller Unkosten, der
Vertrags- und Rotationsmäßigen Rollen und der Abschreibungen sich
ergebenden Reingewinn von 11 910 M. (i. V. 139 508 M.) auf neue
Rechnung vorzutragen (i. V. 10 v. H. Dividende).

Kapitalermäßigung der Schleunert u. a. in Frankfurt a. M.

Trotz gesteigerter Umsätze schließt das G. V. 1925 mit einem Verlust
von 49 257 M. ab. Als Ursache hierfür wird die wirtschaftliche
Depression und die starke Konkurrenz besonders im Auslande
angegeben. Der Hauptverwalter soll vorgeschlagen werden, das G. V.
von 540 000 M. auf 270 000 M. herabzusetzen. Der hierdurch
entstehende Schaden sowie die Rücklage von 54 000 M. sollen zur
Befriedigung des Verlustes, für Abschreibungen und ferner zur Bildung
einer neuen Rücklage von 24 000 M. verwendet werden.

Karl Kübler u. a. in Hoch- und Tiefbau Stuttgart-Göppingen

Die Verwaltung schlägt der G. V. vom 24. Juli vor, aus 79 443 M.
Reingewinn, einschl. 18 089 M. Vortrag, 4 v. H. Dividende zu

Der süddeutsche Holzmarkt und die Staffeltarife

Nachdem sich der preussische Landtag bei der Beratung des
Forst-Etats energisch gegen die Ueberbäumung des deutschen
Holzmarktes mit billigem polnischem Holz zu Instationspreisen
gemeldet und betont hatte, daß sich der deutsche Waldbesitz mit
Holzpreisen in Friedenshöhe nicht zufrieden geben könne, liegt nunmehr
der Erfolg vor, daß der Ausnahmetarif 107 der Reichsbahn, der
polnisches Grubenholz durch eine Frachterbilligung um 20 v. H. vom
Saargebiet zum Bahntransport durch Deutschland ins Ruhrgebiet
abzulassen bestimme, vom 15. d. M. ab aufgehoben werden wird.

Oesterreich und der Tschechien hat die Reichsbahn die beiden
Durchfuhr-Ausnahmetarife D 87 und D 89 eingeräumt, um den
Holzverkehr von diesen Ländern nach Frankreich, Luxemburg und
dem Saargebiet von der Westberg-Route auf die deutschen
Reichsbahnen abzulassen. Wie sich dies auswirkt, geht aus der
Antwort des bayrischen Staatsministeriums auf eine parlamentarische
Anfrage wegen der Notlage der pfälzischen Sägewerke hervor, in
der es u. a. heißt, daß diese Erleichterung sich nicht auf die Holz-
beschränkung, sondern im gleichen Maße auch im rechteckigen
Wagnis zu bemerken sei.

Lieferungen nur einheimisches Holz, sonach in der Pfalz nur
pfälzisches, verwendet werden darf, würde zur Belebung des
Holzmarktes beitragen. Das bayrische Finanzministerium hat in
dieser Richtung bei den beteiligten Stellen" Vorstellungen erhoben.

Es ist der Tarifpolitik der Reichsbahn bereits gelungen, den
großen, früher blühenden süddeutschen Bretter-Sammelager-Betrieb
völlig zu vernichten, weil ihn die gebrochenen Frachten h. m. die
viel zu hohen Nachfrachten direkt verlustbringend gemacht haben.
Wie sich die Ausnahmetarife auswirken, dafür nur ein
Beispiel: Dem Ausländer eingeräumt den Reichsbahn von
Salzburg bis Wintersdorf den Kubikmeter Schnittholz zu 5,39 M., dem
Deutschen nimmt sie für den Kubikmeter deutsches Schnittholz von
dem 5 Km. näher gelegenen Freilassing 13,14 M. an Fracht ebenfalls
bis Wintersdorf ab! Wie soll da die deutsche Holzwirtschaft
wettbewerbsfähig bleiben? Eine ganz andere Auffassung hat man
auf diesem Gebiet in der benachbarten Schweiz. Auch dort befindet
sich die Holzwirtschaft in bedrängter Lage und leidet unter
starker Einfuhr ausländischer Hölzer. Die Vorstellungen des
schweizerischen Waldbesitzes haben dazu geführt, daß die
schweizerischen Bundesbahnen im Einvernehmen mit dem
Volkswirtschaftsdepartement die Frachttarife für inländische
Schnittwaren auf alle Distanzen ermäßigt und andererseits die
bisherigen Ausnahmetarife für ausländische Schnittwaren ganz
aufgehoben haben. Darüber hinaus genießt das schweizerische
inländische Rundholz in Zukunft auch für die kürzeren
Distanzen eine Frachtermäßigung, während ausländisches
Rundholz in eine teurerere Serie des Ausnahmetarifes
versetzt worden ist. Die Tarifpolitik der schweizerischen
Bundesbahnen ist also darauf eingestellt, der inländischen
Holzwirtschaft zu helfen, die Tarifpolitik der deutschen
Reichsbahn dagegen darauf, Auslands-
güter zur Beförderung zu erhalten, gleichgültig, ob darüber
ein Großteil der deutschen Wirtschaft, wie er durch die
deutsche Holzwirtschaft verkörpert wird, zugrunde geht oder
nicht. Doch mit dieser Tarifpolitik einer durchaus notwendigen
gründlichen Besserung am Holzmarkt mit aller Macht
entgegengehandelt wird, liegt auf der Hand. Um rheinischen
Brettermarkt haben die Preisunterbietungen dem auch noch
immer kein Ende genommen. Neben das Baugewerbe
noch die Industrie vermögen größere Posten abzunehmen.
Nach einer kleinen Befestigung scheint sich sogar
neuerdings wieder eine Tendenzänderung abzuzeichnen zu
wollen. Man berichtet aus dem oberbayerischen
Eintaufsgebiet von Verkäufen bis herunter zu 38,00 M.
Wenn man dazu lediglich 12,00 M. Bohnerast
rechnet, so stellt sich die Ware ohne alle übrigen
Kosten bereits auf 50,00 M. nach Mannheim, während
andererseits 16' 1" 5-12" Ausschubretter, wie es
neuerdings vorform, zu 50,00 M. franko
Mannheim angeboten werden, was die Lage am
besten verdeutlicht. Der Markt für hohelägige
Bretter liegt ruhig, bei
Forderungen von 50-52,00 M. pro Kubm.
ab bayrischen
Verhandlungen; Forderungen von 56,00 M.
Wälsen unbeachtet. In
fortierten Brettern bleibt das Geschäft
klein; verlangt werden
ab oberbayerischen
Verladestationen für
Ausschub-Bretter 16' 1"
8-12" 42-43,00 M., 5-12" 39-41,00 M., 7-12" 47,00 M.
je Kubikmeter.
G. H.

verteilen; der Rest von 22 444 M. soll auf neue Rechnung
vortragen werden. Seit April 1926 ist die Gesellschaft wieder
betriebsfähig.

Kapitalzusammenlegung 10:1 bei der Landbank in Berlin.
Die Verwaltung beruft nunmehr auf den 2. Aug. eine G. V. ein, die
den Rest von mehr als der Hälfte des W. zur Kenntnis nehmen
wird. Die Zusammenlegung von Stamm- und Vorkursaktien im
Verhältnis von 10:1 wird vorgeschlagen.

Kapitalherabsetzung der Getreidekommission u. a. in Düsseldorf.
Die Gesellschaft beabsichtigt, das zur Zeit 4 Mill. M. betragende
W. im Verhältnis von 2:1 auf 2 Mill. M. (1914: 1,5 Mill. M.)
herabzusetzen und gleichzeitig das W. um 4 Mill. M. auf
6 Mill. M. wieder zu erhöhen. Die 4 Mill. M. neuen Aktien werden
von einem Konjunktum zum Kurse von 100 v. H. zuzüglich
Bezugslohn übernommen mit der Verpflichtung, 2 Mill. M. den
alten Aktionären zum gleichen Kurse im Verhältnis von 1:1 zum
Bezug anzubieten. Der bei der Kapitalherabsetzung sich ergebende
Zugewinn wird zu außerordentlichen Abschreibungen benützt.

Alpine Montan verkauft ihre schiefeligen Werke.
In der G. V. der Alpine Montan-Gesellschaft, die unter anderem das
Auscheiden von Emil Arndorff aus dem Verwaltungsrat und den
Eintritt von Fritz Dyffels genehmigte, wurde Mitteilung gemacht, daß
die Werke in Porenba in der Tschechoslowakei an den tschechischen
Staat verkauft werden und daß wegen Abfindung der Aktien der
Bismarckhütte anschließende Verhandlungen im Gange sind. Aus
dem Erlös dieser beiden Transaktionen werde in den nächsten Tagen
die schwebende Schuld von 400 000 Pfund abgedeckt werden und es
werde noch soviel übrig bleiben, um die Inbetriebnahme wieder
zu eröffnen.

Von der Eisenindustrie des Saargebietes

Von unserem hiesigen saarländischen Vertreter
Bei dem jüngst ausgewiesenen Rückgang der Produktion im
April d. J. von 127 780 T. Rohisen und 140 881 T. Roheisen
gegenüber 134 102 bzw. 153 421 T. im März, darf nicht, wie es
hier und da geschieht, von einem „Waldgang" gesprochen werden;
denn der April (Ostermonat) hatte drei Arbeitstage weniger als
der März. Die Gesamtproduktion der Saarhütten im ersten
Vierteljahr 1926 betrug 382 685 T. Rohisen und 414 119 T. Roheisen
gegenüber 351 499 bzw. 435 810 T. im gleichen Zeitraum des
Vorjahres. - Einzelne Saarwerke sind im Rahmen der derzeitigen
Exportkonjunktur der Frankensänder außerordentlich
lebensfähig. So konnte die Haldersgrünhütte, deren W.
bekanntlich mit 60 v. H. seit 1920 der Hochfengesellschaft
Pons-
Maillon gehört (40 v. H. sind den Erben Stumm-Boßing
verblieben), ihre Belegschaft im Verlaufe des letzten Jahres, dank
ihrem gesteigerten Absatz, vor allem an Gußröhren und
Bedarfsgegenständen der Kanalisation, um etwa 1000 Mann von 4300 auf
5300 erhöhen. Ihr früherer französischer Direktor Marcel Paul
ist jetzt an Stelle des so plötzlich verstorbenen Camille Canallier
zum Präsidenten der Hauts Bourneaux de Pons-Maillon" vom
Verwaltungsrat der Gesellschaft ernannt worden. - Die
Rödingen Eisen- und Stahlwerke in Böllingen haben sich
neben ihrer seit 1921 bestehenden Pariser Verkaufsgesellschaft, der
„Societe Anonyme Francaise (S) des Forges et Acieries de la
Sarre" (nominales Stammkapital 2 Mill. Fr.), kürzlich auch eine
englische Tochtergesellschaft unter der Firma „British and Saar
Steel Co., Ltd., London" zum Verkauf ihrer Produkte in
Großbritannien (mit einem nominellen Stammkapital von 10 000
Pfund) gegründet, in deren Direktion auch der Leiter ihrer
französischen Verkaufsstelle, H. Billard sich hat. - Die
Waldenfabrik Ehrhardt u. Scherer, Saarbrücken, konnte, wie wir bereits
berichten, in jüngster Zeit eine hervorragende Menge von
Aufträgen in ihren neu herausgegebenen Typen von Bergwerks- und
Hütten-Spezialmaschinen buchen. Die Belegschaft beträgt zurzeit
1500. - Die Gesellschaft für Förderanlagen Ernst Hecht m. B. H.
Saarbrücken, lieferte kürzlich eine Kesselbohrungsanlage mit
Querschnitt für die Kesseltreibe der französischen Saargruben in
Zwieselhof.

Eisenbahn-Verkehrsmittel u. a. in Berlin. Die
Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahre 1925/26 einen
Reingewinn von 2 664 249 M. (i. V. 2 968 491) erzielt. Nach Abzug
der Handlungsunkosten, Steuern, Zinsen, Abschreibungen ergibt sich
zusammen mit dem Vortrag aus 1924/25 ein Reingewinn von
274 560 M. (472 482), aus dem, wie bereits bekannt, 5 v. H.
Dividende gleich 269 000 M. verteilt (i. V. 8 v. H.) und 14 560 M.
vorgezogen werden sollen. Im Bericht weist der Vorstand auf die
schlechte Wirtschaftslage hin, unter der der Betrieb der
Waggonfabrik Wismar zu leiden
gehabt habe. Durch den Verlust von 250 000 M. bei dieser
Fabrik sei das Gesamtergebnis etwa auf die Hälfte reduziert
worden. Für die
Eisenbahndiesel-Triebwagen habe das Interesse an, das
Wart
Berzdorf bei Brühl bei vermindertem
Betriebsstoff und
Waggonreparaturen und
Einbau von
Kunze-Knorr-Bremsen
ausreichend
bedeutsam
gewesen.

Annäherung zwischen General Motors Co. und
Flatmerken. Von unternommen Seite verläutet, daß seit
einer Zeit unter
Vermittlung des
Bankhauses
Rorgan u. Co. Verhandlungen
zwecks
Annäherung der
General Motors Co. und
den Flatmerken in
Zweien
stattfinden. Die
Verhandlungen
sollen günstig
verlaufen. Der
Abschluß eines
Gemeinschafts-
vertrages wird für
die nächste Zeit
in Aussicht
gestellt. Gedacht
ist an einen
gegenseitigen
Austausch der
Erfahrungen
zwischen den
beiden
Größten der
Automobil-
industrie. Die
General Motors Co.
würde ihre
überseeische
Abfahrts-
organisation den
Flatmerken
nutzbar machen,
während
andererseits
die Flatmerke
ihre
europäische
Marktorganisation
der General
Motors Co.
nutzbar machen
würden.

Zollerhöhung am 1. August 1926. Die
Handelskammer
Mannheim
weist
angelegentlich
auf die
Zollerhöhung
darauf hin, daß
die
Ausfertigung
zum
bisher
gültigen
Zollsatz
nur dann
möglich
ist,
sofern
die
Ware
bei
einer
Zollstelle
zur
Verzollung,
zur
Umschichtung
auf
Berg-
scheide
2 oder
zur
Anschreibung
auf
Privatfreibräutig
bis
zum
31.
Juli
d.
J.
einschl.
angemeldet
und
zur
Abfertigung
gestellt
worden
ist.

Berliner Metallbörse vom 13. Juli

Table with metal prices including Electrolyt Kupfer, Aluminium, Kupfer Kassa, etc.

Frachtmarkt in Duisburg-Ruhrort vom 13. Juli 1926
An der heutigen Börse war das Geschäft weiterhin sehr lebhaft.
Die Frachten nach Rotterdam blieben unverändert. Bei längeren
Reisen, die inf. Schlepplöhen angenommen wurden, ermäßigten sich
die Frachten um 10 Pfg. pro Tonne. Zu Berg wurden allgemein
8 Pfg. Tagesmiete bei 20 Tagen Garantie und freier Mühllieferung
Ruhrort bezahlt.

Schiffverkehr in den Mannheimer Häfen
In der Zeit vom 3. bis 10. Juli 1926 sind angekommen:
talwärts 1 leerer Dampfer und 1 beladene mit 30 T. 1 leerer
Schlepplahn und 3 beladene mit 5987 T., bergwärts 21 beladene
Dampfer mit 3288,7 T., 103 beladene Schlepplöhne mit 77 204 T.
Abgegangen sind: talwärts 23 beladene Dampfer mit 1899,8
Tonnen, 63 leere Schlepplöhne und 23 beladene mit 10 667,5 T.,
bergwärts 4 beladene Dampfer mit 314,5 T., 19 leere Schlepplöhne
und 11 beladene mit 2380 T. - Auf dem Neckar sind
talwärts angekommen: 32 beladene Schlepplöhne mit 798 T.,
21 leere Schlepplöhne und 10 beladene mit 1230,2 T.

Achten Sie darauf!

Morgen beginnt unser

Saison-

Die höchste Stufe der

Leistung

Ausverkauf




Saison-Ausverkauf

Betty Vogel

5. 15/16 Mannheim Tel. 7566

Beginn: Donnerstag, den 15. Juli

S334 Verkauf eines grossen Postens

Hüfthalter und Gummikorsetts

So billig und gut nie wieder!



Serie I jetzt 1.75 früher bis 6.—

Serie II jetzt 3.50 früher bis 10.—

Serie III jetzt 5.50 früher bis 13.—

Serie IV jetzt 8.50 früher bis 16.—

Serie V jetzt 11.50 früher bis 25.—

Auf Büstenhalter, Schlüpfer, Hemdhosen, Prinzessröcke, Strümpfe 15% Rabatt

Wäsche

wegen Aufgabe bedeutend unter Einkaufspreis.

Filialen an allen grösseren Plätzen Deutschlands.

Offene Stellen

Versicherungsgesellschaft sucht
zum baldigen Eintritt, Jüngeren, unbedingt **zuverlässigen** **Buchhaltungs- u. Kassenbeamten**
Angebote unter Q. M. 22 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. *225

Gesucht tüchtiger Vertreter
für Mannheim-Ludwigshafen mit nachweisbarem Erfolg und guten Beziehungen zur Industrie im Vertrieb von Deisen und Fetten. *337
Schöne Bewerbungen mit Angabe von Referenzen erbeten unter Q. R. 27 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gesucht
von alt einsetzbarer Kolonialwarenhandl. **Reisender od. Vertreter**
für den Markt Mannheim und Umgebungen, der mit der Branche vollkommen vertraut ist, über den höchsten Kundenkreis verfügt und nachweisbare Erfolge zuweilen kann. Angebote über persönliche Tätigkeit mit Lichtbild unter Q. G. 17 an die Geschäftsstelle d. Bl. **Größthandelsfirma sucht** *5338

Lehrling
mit guten Schulzeugnissen, Selbstschreibensbewerbung mit Zeugnisabschrift, unter H. T. 194 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Verkäuferin
für unsere Kiechler-Damenkonfektion zum sofortigen Eintritt gesucht. Persönliche Vorstellung bei **Gebr. Rothschild G. m. b. H.** Ludwigshafen a. Rh. *5370

Lukrative Kaffee-Vertretung
gegen 15 Proz. Prov. d. leistungsstärkster Bremer Firma zu vergeben. Ausführl. Angeb. u. Q. P. Nr. 16 an die Geschäftsstelle. *311

Damen
für Ia. Reifeitätigkeit bei höchst. Verdienst gesucht. Verjährt. 3-5 Uhr. *327
J. G. Beder F. 6. 10

Fräulein
für Vert. u. H. Bücherarbeiten, sucht elektr. Geschäft. Angeb. unter Q. A. 11 an die Geschäftsstelle. *304

Friseur
1. Kraft sucht *339
Germ. Hofhaus, O. 4. 8/9
Tüchtiges, zuverlässiges **Alleinmädchen**
in gutes Haus nach Referenz gesucht. Borzucht. in Jena. Köchlein, Lebensburgerstr. Nr. 3 *3361

Alleinmädchen
m. best. Empf. d. g. Bürg. sucht u. fam. Haushalt. übernimmt in gut. bürgerl. Geschäftshaus. per fof. od. später gef. Abt. i. d. Geschäftsst. *332

Mädchen
suche sofort ein anderes m. anen Jena. Angeb. unter H. Z. 200 an die Geschäftsstelle. 1885

Mädchen
Hilf. u. absolet ehrl. **Mädchen**
für Küche u. Hausharb. gesucht. Gelegenheit s. Rosenkornen geboten. Harmonie - Lindenhof. *330

Tücht. Wirtschaftlerin
f. einf. bürgerl. Haush. gef. Angeb. u. Q. L. 21 a. d. Geschäftsst. *3324

Stellen-Gesuche
Fräulein auf 40 J. d. Kochen kann sucht *333

Stelle
in kinderlos. Haushalt. Angeb. unter Q. G. 26 a. d. Geschäftsstelle.

puizen
Junge fauch. ehrl. Frau sucht Büro zu *319
oder Konostelle. Gefl. Ang. unter. O. H. 18 a. d. Geschäftsstelle.

Verkäufe

Gelegenheitskauf.
Schön gebautes Eckhaus mit beheizbarer Wohnung bestehend aus 5645 **5 Zimmer 2 Nassarden** nebst Zubehör in guter Lage Rastatt, umständehalber ohne Zulaufwohnung preiswert zu verkaufen. Gefl. Ang. unter H. U. 195 an die Geschäftsstelle.

Einfamilienhaus (Villa)
in Neuostheim herrsch. ausgestattet, 5 Zimmer, Nebenzimmer, Mädchenzimmer, Garderobezimmer usw., und reichl. Zubehör. Garage, Bor- und Hintergarten, Belüftung und Warmwasserheizung, sofort beziehb. zu verkaufen. Anzeigebote unter Q. U. 80 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *344

Schönes helles Magazin
ca. 1500 qm nutzbar. Fläche, gr. Hof u. Aussicht in bestem baul. Zustand u. in guter Lage für jed. Zweck geeignet zu verkaufen. Immobilien-Büro **Levi & Sohn** Q. 1. 4 Tel. 595, 10457 *3332

Lieferwagen
Nieder 7/17 PS fahrber., stark bereit, verk. bis 30. 6. 1927 zum Preis von 1000.— zu verk. Nicht. Diehl, Kochhof bei Ludwigshafen/Rhein *3301

Großes Geschäftshaus
zentrale Lage mit freizuerwerbendem **Laden** Büro und Lager Werkzeugmaschinen etc. zu verkaufen. Näheres durch Immobilien-Büro **Levi & Sohn** Q. 1. 4 Tel. 595, 10457 *3331

Nähe Pfaffen kleines Haus
mit Boden umhüllend bei 15 000 M. Anzahl zu verkaufen. Näheres durch Immobilien-Büro **Levi & Sohn** Q. 1. 4 Tel. 595, 10457 *3330

Kauf-Gesuche

Handelsgeschäft
trepentlicher Art (ant. geb. Boden) zu übernehm. Verjährt. Angeb. unter P. O. 99 an die Geschäftsstelle. *274

Schreibmaschine
erf. Marke sehr gut erb. geg. Kasse zu kauf. gef. Herabz. 4727. *3304

Kassenschrank
Kassenschrank gut erb. Schreibmaschine erbt. in Büromöbel g. erhalten, zu kauf. gef. Silbermann-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. Prinz Wilhelmstr. 8. *289

Jubilations-Geld-Schein
5-100 Markden, für Sommerperiode geg. Kasse zu kaufen gesucht. Angeb. unter P. T. 4 an die Geschäftsstelle. *287

Miet-Gesuche

Wohnungstausch!
Geboten werden: In Heidenheim: 1 Wohnung 3 Zimmer, Küche und Kammer und eine Wohnung 2 Zimmer und Küche, in der Heidenheim: 3 Wohnungen mit je 2 Zim. und Küche. In der Nähe Bahnhof, 1 Wohnung 3 Zim. und Küche, Zentrum der Stadt: 1 Wohnung 3 Zimmer und Küche. 40
Gesucht werden: 2 Wohnungen mit je 3 Zimmern und Küche in der Hauptstadt, oder Gollmühlstraße.
Anzeigebote unter H. O. 191 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *3323

Wohnungstausch

Frankfurt a. M. - Mannheim
Geboten in Frankfurt: Schön-3 Zimmer-Wohnung und Küche im 2. Stock mit Bad und zwei Balkonen, 15 Min. vom Zentrum der Stadt, Straße mit Baumplanzung. 5160
Gesucht: Schön-3-4 Zimmerwohnung in guter Lage Rheindrims.
Anzeigebote erbeten unter T. V. 121 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *3323

Werkstatt

für Modellschreiner zu mieten gesucht. Ang. u. Preisang. unter O. H. 68 an die Geschäftsstelle. *305

2 helle Büroräume
in zentr. Lage gesucht. Telefonanschl. erw. Ang. u. Preisang. unter P. Q. 1 an die Geschäftsstelle. *3341

Laden

zu mieten gesucht möglichst im zentr. der Stadt. H. Boden mit ein. Nebenraum, der ev. als Küche verwend. ist. Angeb. unter P. M. 97 an die Geschäftsstelle. *3358

Ladenraum

wünscht mit größeren Nebenräumen in guter Lage zu mieten. Angeb. unter P. N. 98 an die Geschäftsstelle. *276

Miet-Gesuche

2-3 leere Zimmer
in möbl. m. Küche für 1. Oktob. in zentr. Lage Ang. u. Preis unter Q. K. 20 a. d. Geschäftsstelle. *322

Wohnung von 3-4 Zimmern
in guter, sonn. Lage, in einem Neubau, ev. geg. Baumzusch. Angeb. u. P. L. 96 an die Geschäftsstelle. *3321

Tausch

Geboten: Schöne 3-Zimmerwohnung mit Bad, Speisek. u. Wirt. auf dem Händelhof. *3303
Gesucht: 4-5-Zim.-Wg. m. Küche, a. dem Händelhof. Ang. u. P. S. 3 an die Geschäftsstelle.

Gut möbliertes Zimmer
mögl. in der Altstadt v. sofort u. Herrn gesucht. Angeb. unter P. T. 91 a. d. Geschäftsstelle. *301

Vermietungen

5 Büroräume
ca. 80 qm für Mk. 250.- zu vermieten. **Prinz Wilhelmstr. 19** *3376

Schöner Laden

Wohnung Mittelstr. sofort beziehb. zu vermieten. Näheres Ph. Wetzlar, Immo., U. 3, 19. Tel. 370 *286

4-5 Zimmer-Wohnung

mit Diele, Zubehör, Zentralheizung sowie Garten im Villenort beim Waldpark zu vermieten. Näheres unter K. O. 65 an die Geschäftsstelle. *3326

Grosser Keller

122 qm, f. Lagerzweck fof. zu vermieten. Preis monatl. 40.— Wirt. *335, L. 4, 1 Tr. 1685

Räume für Büro
oder Lager fof. Mk. 30 zu vermieten. E. 3, 7 (Büchergäßchen). *301

3-Zimmerwohnung
auf ein. Monate gegen Vorauszahlung zu vermieten. Ang. unter O. B. 12 an die Geschäftsstelle. *306

Die Restauration zum Luisenhof

mit Nebenräumen, Saal, Angelbahn, Gartenräumen (gutes Geschäft) in **Neckarau** zu vermieten. *273
Interessenten bitten Anfragen zu richten an **P. Frey Wwe.** Mannheim-Neckarau, Luisenstr. 46

Hermann Fuchs
an den Planken - neben der Hauptpost

Ab morgen Donnerstag:
Saison-Ausverkauf
Gewaltige Preisherabsetzungen.

Unsere Reithalle im Schloß

unsere Stallungen für Verleih-
u. Pensions-Pferde sind eröffnet
Der Reitunterricht hat begonnen

Reiter-Verein Mannheim E.V.

(teleph. vorläufig unter Nr. 780 erreichbar)



Ein Posten
Standuhren

solange Vorrat
weit unter Preis!

Nur beste Werke
mit schriftlicher
Garantie.

Cäsar Fesenmeyer
D 1, 3, Brettestr.

Wegen Vorbereitung für unseren
SAISON-
AUSVERKAUF
bleibt unser Geschäft heute nachmittag

von 5 Uhr ab
geschlossen!

Wirsichland
MANNHEIM AN DEN PLANKEN

Nachlaß-Versteigerung.

Aus herrschaftlichem Nachlaß verleihere ich
im Auftrage der Erben am 19. Juli 1926, vormittags 10 Uhr
und nachmittags 2 1/2 Uhr in Mannheim, L. 14,
Nr. 11, 8. Stock, nebstliegend am Paragrafen:
1 elegantes Wohnzimmer (Holländer):
Sofa mit 2 Stuhl, 4 Stühle, Schreibtisch,
Nierstuhlfuß, Tisch, Konsol mit Spiegel,
Schlamm, reich gezierter, Bild, Wand-
spekulum, 6 hohe Lederstühle, Credenz,
Sesselschmuck, Eichen: Büchereisenschrank,
Schreibtisch m. Stuhl, Tisch, Spiegel, Bilder.
Küche: Tisch, Stuhl, sehr gut erhalten: 3
Rüchenschränke, Tisch, 2 Stühle.
Einzelzimmer: Komod, Bett, Schrank,
Schiffsanter, Waschtisch mit Marmor, Nachtschrank
mit Marmor, Spiegel, schön, elektr. Ueber,
Stühle, Säule mit Base (Vaseständer), eine
Standuhr, Nähtisch, Schrank, Tisch,
Kleiderbügel, Stein-Relieftisch, schöne
Vorhänge, Stühle, Vorhänge, elektr.
Lampe, Kuchenschrank, Aufstellenschränke,
Gläser, Porzellan, Geschirr zum Tisch, Ge-
brauchs-Bilder.
Schöne Decken, Teppiche, Vorhänge, Verfer-
brüche und viel Unbenanntes.
Die Möbel werden vormittags, alles
liebende wird nachmittags versteigert. Besich-
tigung: 1 Stunde vor Versteigerungstermin.
Erstrichter G. Landwehr, Tel. 7500,
vertritt, beidseitig Schöber.

Ämliche Veröffentlichung der Stadtgemeinde

Zwischen Gaudturmstraße und Kronprinz-
straße im Aase der Korbstraße wird von
Donnerstag, den 13. d. Mts, ab eine Halte-
stelle errichtet. Dieselbe erhält die Benennung
„Korbstraße“.

Strassenbahnamt. 40
Anfangsnummer 650. 38

Bierbrauerei Durlacher Hof A.G.
vorm. Hagen, Mannheim

Die für das Kalenderjahr 1926 fälligen Ein-
sen von 2% unserer 4% Anleihe vom Jahre
1896 werden neuer Entscheidung des Bundes
Nr. 60 per 1. Juli 1926 mit 100% für die
Hälfte über 100% - bei unserer Ab-
nahme (Rheinische Kreditbank Mannheim) ab-
züglich Kapitalertragssteuer geschätzt.
Mannheim, den 12. Juli 1926
Der Vorstand.

Bad Seewen

am Lowerzersee

Badhotel und Kurhaus „Rössli“

am Fuße des Nig, 1/2 Stunde von Brunnen
am Hermannshäusersee, Gipshaltige Mineral-
bäder, Seebadanstalt, Ruder- u. Angelfahrt,
Ausgangspunkt für Bergtouren (Nig, Wägen,
Frohnapf) Pension von Frau S. - an 2500
Preisliste. Im Winter: Savoy-Hotel Berni
(Genoa) Frau G. Beiler

Oberdiebach am Rohenbühl, Postautonordb.
Oberbach u. Gasthaus u.
Pension z. Linde, vögel. Haus m. gut. Ver-
pflung. Schöne Jem., neuerd. Saal, Post u. Fernspr.
L. d. Höhe. Pension o. 4 - M. an. Tel. Adam Haus.
6250

Achtung!

Gartenschirme

hochelegante Ausführung bei bester Ver-
arbeitung liefert zu billigsten Preisen
K. Adler, Schirmmacher
Marktplatz *360 G 2, 8

Billige Perser-Teppiche

Wir verkaufen einen kleinen Posten

Verbindungsstücke

besonders preiswert.

Echte Teppiche für Speise- und Herren-
Zimmer u. Salons in großer Auswahl zu
besonders günstigen Preisen

Teppich- Haus **J. Hochstetter** G. m. b. H.

ACHTUNG Konkurs-Ausverkauf ACHTUNG
beginnend am 12. Juli 1926

Versäumen Sie nicht den Konkurs-Ausverkauf der Firma
E. Waselowsky in Mannheim, Rheinhäuserstr. 55
Sämtliche Waren weit unter dem Tagespreis.
Zum Verkauf kommen Herren- und Knaben-Anzüge,
Damen-Kleider, Herren- und Damen-Wäsche, sowie
sämtliche Manufaktur- und Bettwaren. 5520

Neues Sauerkraut
Spezialität, keine Fabrikware, ständig bei
H. Arnold, E. 7, 4 *316
(Rein Baden) Tel. 7130 Auftrag bei 10 Pf. frei Haus

ACHTUNG! ACHTUNG!
Prima Heidelbeeren
per Zentner 25 Mk. von 20 Pf. an abzugeben
A. Teutsch
Schlucht, Landesprodukte- und Eier-Import
G. m. b. H. Mannheim
Schwegingerstr. 148 u. G 7, 18 Tel. 3887/8427.

Luxus-Hirsch

Ab heute u. Freitag
wieder frisch eintreffend:

Holland-nüchtern Kälber

Wägenfleisch - beliebt im Geflügel 5500
Einmachfleisch, Pfd. 60 Pf.
Kotelett 70
Bratenfleisch 75
Schnitzfleisch (Wurst
ohne Beilage) 1.28
Kalbsgall mit Herz, Pfund 56 Pf.
Kalbsleber 1.10

Schwere holländ. Masthammel
prima Qualität

Brust u. Hals Pfund 80 Pf.
Kotelett u. Keule 1 Mk.

Bernhard Hirsch
Metzgerei u. Schillerstr. J 1, 16, Tel. 1711.

Frisch eingetroffen:
1 Waggon Kalbfleisch
von la. holländischen nüchternen Kälbern.
Der Verkauf beginnt heute.
5548

DAPOLIN DAS AUTOBENZIN

erhalten Sie
in sämtlichen Depots
die dieses Schild
führen



Abgabe aus
geeichten Pumpen
und aus
plombierten Kannen
gegen bar und auf
DAPOLIN-Ausweis

Deutsch-Amerikanische-Petroleum-Gesellschaft

Vermischtes.

Speisezimmer HerrensZimmer

praktische Modelle
große Auswahl
Preiswert abzugeben
Büstenbühnen u. Schrein,
Kugartenstraße 38
55579

Nähmaschinen

repar. u. verl. Ruden,
L. 7, 3, Telefon 3493,
E 14

Bülow-Pianos

neue u. gebrauchte,
erstklassig, elegant
und billig auch bei
Teilezahlung.
Fr. Siering
C 7 Nr. 6 Keln-Laden.